

2015

Geschäftsbericht

Kennzahlen

in Mio. €

	1.1.2015-31.12.2015	1.1.2014-31.12.2014
Neugeschäft		
Aktiv		
Immobilienfinanzierungen	162	712
Kapitalmarktgeschäft	80	195
Passiv		
Hypothekendarlehen	40	162
Öffentliche Pfandbriefe	0	0
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0
Aufgenommene Darlehen	583	770
Ertragslage		
Ergebnis nach Steuern	-40,7	-42,0

	31.12.2015	31.12.2014
Bestand		
Aktiv		
Immobilienfinanzierungen	1.405	1.213
Kapitalmarktgeschäft*	5.445	8.445
Passiv		
Hypothekendarlehen	585	652
Öffentliche Pfandbriefe	2.437	3.090
Sonstige Schuldverschreibungen	10	10
Aufgenommene Darlehen	1.026	1.089
Bilanzsumme	8.527	11.346
Eigenkapital**		
Bestand		
Hartes Kernkapital	187	217
Zusätzliches Kernkapital	0	0
Ergänzungskapital	0	33
Quoten		
Harte Kernkapitalquote	10,5%	10,8%
Kernkapitalquote	10,5%	10,8%
Gesamtkapitalquote	10,5%	12,5%

*Nominalbetrag

**jeweils unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	6
Lagebericht	9
Geschäftsmodell und Strategie der Düsseldorfer Hypothekenbank	10
Entwicklung der Märkte	10
Geschäftsentwicklung	14
Risikobericht	21
Nachtragsbericht	37
Prognosebericht	38
Jahresabschluss	39
Bilanz	40
Gewinn- und Verlustrechnung	42
Anhang	43
Bestätigungsvermerk	60
Bericht des Aufsichtsrats	62
Corporate Governance Bericht	67
Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG	71
Impressum	73

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2015 war für viele europäische und insbesondere deutsche Banken geprägt von den Entwicklungen rund um die HETA ASSET RESOLUTION AG (Heta), der Abbauanstalt der österreichischen Hypo Alpe-Adria-Bank AG, nachdem die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) am 1. März 2015 überraschend das beispiellose Zahlungsmoratorium für die Heta verhängt und die Stundung von Verbindlichkeiten beschlossen hatte. Diese Vorgänge hatten auch für die Düsseldorfer Hypothekenbank einen bedeutenden Einfluss auf die Situation der Bank und den Verlauf dieses Geschäftsjahres, da die Bank vom Moratorium der Heta-Wertpapiere betroffen war.

Die dadurch entstandenen Risiken hatte der Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds (ESF) zunächst durch eine Garantie neutralisiert. In der Folge wurden dann mit Wirkung zum 24. März 2015 die Aktien der Düsseldorfer Hypothekenbank vom bisherigen Eigentümer Lone Star auf Beteiligungsgesellschaften des ESF und des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V. übertragen. Damit einher ging auch ein personeller Wechsel im Aufsichtsrat und eine Erweiterung des Gremiums von drei auf sechs Mitglieder.

Seit dem Eigentümerwechsel und als Konsequenz aus den Heta-Erkenntnissen liegt der Fokus der Bank noch stärker als bislang auf dem Abbau bestehender Risiken insbesondere aus den Altbeständen im Kapitalmarktportfolio. So wurden im weiteren Verlauf des Jahres erfolgreich entsprechende Maßnahmen getroffen und die Kapitalmarktbestände, zunächst vor allem Positionen von österreichischen Emittenten, erheblich reduziert. Beim aktiven Abbau des Kapitalmarktgeschäftes neutralisierten Ausgleichszahlungen des ESF eventuelle Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) aus den getätigten Verkäufen.

Im Kerngeschäftsfeld der Bank, dem gewerblichen Immobilienkreditgeschäft, konnte die Düsseldorfer Hypothekenbank aufgrund der Beeinträchtigung durch die Heta-Ereignisse im Geschäftsjahr 2015 nicht von den überwiegend positiven Entwicklungen an den europäischen Immobilienmärkten profitieren. Dementsprechend lag das Neugeschäft in diesem Segment im vergangenen Jahr mit 162,3 Mio. € deutlich unter Plan, auch wenn insbesondere im ersten Halbjahr 2015 noch einige neue Immobilienfinanzierungen bei Erzielung der geplanten Margen abgeschlossen und das Kreditportfolio ausgeweitet werden konnten.

Parallel zum Risikorückbau wurden im weiteren Verlauf des Jahres strategische Optionen für die Zukunft der Düsseldorfer Hypothekenbank evaluiert. Inzwischen wurde mit Verabschiedung der Geschäfts- und Risikostrategie 2016 von den Eigentümern entschieden, die Bank bei einem geordneten Rückbau des Kapitalmarktgeschäftes im Going Concern fortzuführen (vgl. „Geschäftsmodell der Düsseldorfer Hypothekenbank“). Neugeschäft im Kapitalmarkt-bereich wird grundsätzlich nicht mehr und in der Immobilienfinanzierung nur noch selektiv getätigt. Wesentliches Ziel ist die Stabilisierung der Bank unter bestmöglicher Wahrung der Interessen von Eigentümern, Mitarbeitern und Bestandskunden.

Gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der Bank in den letzten Monaten möchten wir uns auch in diesem Jahr bei allen Beteiligten, den Aktionären und dem Aufsichtsrat der Bank sowie insbesondere unseren engagierten und motivierten Mitarbeitern für die Mitwirkung und die konstruktive Begleitung im Geschäftsjahr 2015 bedanken. Unseren Kunden danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen.

Der Vorstand der Düsseldorfer Hypothekenbank AG

Dr. Christian Freiherr von Villiez

Dr. Marcus Tusch

Dr. Klaus Vajc

Lagebericht

Geschäftsmodell und Strategie der Düsseldorfer Hypothekbank

Die Düsseldorfer Hypothekbank AG mit Sitz in Düsseldorf ist eine deutsche Pfandbriefbank und Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e.V. (BdB) sowie im Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V. (vdp).

Im Geschäftsjahr 2015 war die Düsseldorfer Hypothekbank als Gläubiger vom Zahlungsmoratorium bei der österreichischen Heta betroffen. Um das hieraus entstandene Risiko der Bank, das in den Jahren 2004 bis 2007 aufgebaut wurde, zu neutralisieren, hatte der ESF im März 2015 zunächst eine Garantie gewährt. In der Folge wurden die Anteile an der Bank zuerst zu 94,6% auf die Resba Beteiligungsgesellschaft mbH (Resba) sowie zu 5,4% auf die Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH (als Tochtergesellschaften des ESF bzw. des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V.) übertragen und im Dezember 2015 schließlich vollständig durch die Resba übernommen. Mit dem Eigentümerwechsel war eine strategische Neuausrichtung verbunden.

Demnach wird die Düsseldorfer Hypothekbank nun den Kapitalmarktbereich aktiv zurückbauen und die gewerbliche Immobilienfinanzierung in eingeschränktem Umfang fortführen.

Im Kapitalmarktgeschäft (einschließlich Staatskreditgeschäft) – zuletzt ein sekundäres Geschäftsfeld der Bank – ist das wesentliche Ziel ein geordneter, systematischer Rückbau ausgewählter Wertpapier-Portfolios und Schuldscheindarlehen zur Reduzierung vorhandener Risiken. Im bisherigen Kerngeschäftsfeld, der gewerblichen Immobilienfinanzierung (Immobilienkreditgeschäft), wird das Bestandsgeschäft fortgeführt. Neugeschäft wird nur noch selektiv abgeschlossen. Die Bank wird dabei jederzeit einen geordneten Bankbetrieb aufrecht erhalten und alle bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen.

Im Rahmen der Refinanzierung wird eine jederzeit ausgeglichene Liquiditätslage der Bank sichergestellt. Im Vordergrund steht die Liquiditätsversorgung durch unbesicherte Liquiditätsaufnahmen am Geldmarkt und im mittleren Laufzeitbereich des Kapitalmarktes in Form von Termingeldern und Schuldscheindarlehen sowie durch besicherte Liquiditätsaufnahmen über die Teilnahme an den Offenmarktgeschäften der Europäischen Zentralbank (EZB) und GC-Pooling bei der Eurex. Parallel zur Reduzierung des Kapitalmarktgeschäftes werden die verbrieften Verbindlichkeiten aktiv zurückgebaut.

Entwicklung der Märkte

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahresverlauf 2015 dominierten politische Themen sowie die im März 2015 begonnenen Staatsanleihenkäufe (Quantitative Easing, QE) der EZB die Kapitalmarktberichterstattung. Besonders in Griechenland verschärfen sich die politischen Risiken nach der Wahl der stark links-gerichteten SYRIZA Partei im Januar 2015. Im Zentrum des Konflikts zwischen der griechischen Regierung und den Institutionen bzw. den Gläubigernationen, bestehend aus Repräsentanten der Europäischen Kommission, der EZB sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF), stand die Ausgestaltung notwendiger Reformen im Land. Die Akzeptanz und Implementierung von Reformauflagen durch die griechische Regierung war Voraussetzung für die Gewährung weiterer Hilfsmittel. Ein komplett neu ausgehandeltes Maßnahmenbündel war notwendig geworden, nachdem Griechenland das zweite Rettungspaket auslaufen ließ, ohne die notwendigen finanziellen Hilfen erhalten zu haben.

Da eine Einigung mit der neuen griechischen Regierung über Reformmaßnahmen nur sehr schwer zu erzielen war, bestimmte im Sommer 2015 ein möglicher Austritt Griechenlands aus der europäischen Währungsunion („Grexit“) die Schlagzeilen. Nach intensiven Verhandlungen, einem Referendum und Neuwahlen im Land einigten sich die Geldgeber mit der griechischen Regierung letztlich auf das dritte Hilfsprogramm, welches bis zu 86,0 Mrd. € umfasst.

Entgegen dieser Entwicklung sind die Anleiherenditen anderer Peripheriestaaten, wie beispielsweise die Italiens oder Spaniens, in diesem Betrachtungszeitraum weiter gesunken. Damit haben sich Befürchtungen bislang nicht bestätigt, die bei einer erneuten Krisenverschärfung in einem Euroland der südlichen Peripherie von automatischen Ansteckungseffekten auf andere Länder in der Region ausgegangen sind. Speziell die Staatsanleihenkäufe der EZB, mit einem geplanten Kaufvolumen von insgesamt ca. 1,1 Bio. € bis September 2016, sowie die verbesserte wirtschaftliche Situation, beispielsweise in Spanien und Portugal, dürften zur Eindämmung von Ansteckungsgefahren maßgeblich beigetragen haben.

Auch Italien scheint auf dem Weg der wirtschaftlichen Besserung zu sein. Die seit dem Jahr 2012 anhaltende Rezession im Land konnte im Jahr 2014 gestoppt werden und für 2016 erwartet der IWF ein positives Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Höhe von 1,3% im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt blieb die Volatilität an den Anleihemärkten jedoch hoch. Dies verdeutlicht der überraschende Ausverkauf sowie die damit einhergehende signifikante

Steigerung der 10-Jahres-Rendite deutscher Staatsanleihen um mehr als einen halben Prozentpunkt auf rund 0,65% innerhalb weniger Wochen im April und Mai 2015.

Zum Jahresende 2015 sowie zu Jahresbeginn 2016 war die Lage an den Märkten in Anbetracht einer unübersichtlichen finanzwirtschaftlichen und politischen Gemengelage angespannt. Für die Anleihemärkte spielten vor allem die seit langem erwartete Zinserhöhung der US-amerikanischen Notenbank, die nachlassende Nachfrage aus den Schwellenländern sowie die Auswirkungen des stark gesunkenen Ölpreises eine tragende Rolle. Aber auch politische und gesellschaftliche Themen wie beispielsweise der Umgang auf europäischer Ebene mit den dramatisch gestiegenen Flüchtlingszahlen sowie die Terrorgefahr ausgehend vom sogenannten Islamischen Staat (IS) wirkten sich auf die Unsicherheit erhöhend aus. Für einen turbulenten Start in das Jahr 2016 sorgte maßgeblich die Kapitalmarktentwicklung in China, die bei Marktteilnehmern Zweifel aufkommen ließ, ob die chinesische Führung die Wirtschaft und die Märkte auch in Zukunft erfolgreich steuern können wird.

Auf europäischer Ebene standen zum Jahresende 2015 die Parlamentswahlen in Spanien im Fokus. Die Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Rajoy konnte die absolute Mehrheit nicht erreichen. Dass dies auch den Sozialisten (PSOE) aufgrund der starken Wahlergebnisse der neuen Parteien, Podemos und Ciudadanos, nicht gelang, stellt ein Novum in der spanischen Politik dar. Die Koalitionskonstellationen und die -gespräche gestalten sich daher sehr schwierig, was baldige Neuwahlen im Land wahrscheinlich erscheinen lässt.

Zusätzliche politische Risiken in Spanien gehen von dem Konflikt zwischen Staatsregierung und der katalanischen Regionalregierung aus. Nach der jüngst erfolgten Wahl eines neuen Ministerpräsidenten der Region schreiten die Unabhängigkeitsbestrebungen voran, mit dem Ziel, eine Abspaltung vom spanischen Zentralstaat zu erreichen. Damit erhöht sich der Druck auf die politischen Entscheider in Madrid, zügig eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Zwar reagierten die Finanzmärkte im Anschluss an die Regionalwahl in Katalonien gelassen – die Spreads diverser katalanischer Anleihen blieben nahezu unverändert; die Renditen spanischer Staatstitel engten sich im gleichen Vergleichszeitraum sogar ein. Mit Blick auf das weitere Vorgehen der Nationalisten sowie der Regierungsfindung ist jedoch davon auszugehen, dass die politischen Risiken in Spanien bis auf weiteres erhöht bleiben – ungeachtet der zunächst entspannten Reaktion der Märkte.

Wesentliche Rahmenbedingungen der Bankbranche

Das Geschehen im europäischen Bankenmarkt wurde im ersten Halbjahr 2015 vor allem durch die Entscheidung der österreichischen Regierung geprägt, der ehemaligen Hypo Alpe-Adria bzw. jetzt Heta keine weiteren Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. Unter diesen Umständen wäre die Heta in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage gewesen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die FMA ordnete daher am 1. März 2015 mit sofortiger Wirkung an, dass die Fälligkeiten sämtlicher Verbindlichkeiten der Heta auf den 31. Mai 2016 aufgeschoben werden. Gleichzeitig hat die FMA angekündigt, in der Zeit dieses sogenannten Moratoriums über einen Schuldenschnitt mit der Investoren-gemeinde verhandeln zu wollen.

Nachdem deutlich wurde, dass eine Vielzahl deutscher Banken und Investmentfonds in nennenswertem Umfang bei der Heta investiert sind, gewann das Thema medial sowie politisch und juristisch sukzessive an Bedeutung. Etliche Investoren haben mittlerweile rechtliche Mittel ergriffen, um das Moratorium zu beseitigen und ihre vom Bundesland Kärnten verbürgten Heta-Forderungen in voller Höhe zurückbezahlt zu bekommen.

Im weiteren Jahresverlauf 2015 folgten Herabstufungen diverser Kreditinstitute in Österreich durch S&P, Moody's und Fitch. Ein schwerwiegender Faktor hierbei war die Einführung des regulatorischen Bankenabwicklungsmechanismus (beziehungsweise die zukünftig ausbleibende staatliche Unterstützung für Kreditinstitute in Schieflage), der europaweit erstmals bei der Heta Anwendung fand. Änderungen in der Ratingmethodik als Folge eines generell veränderten regulatorischen Umfelds für Banken haben auch über Österreich hinaus zu zahlreichen Ratingänderungen geführt. Im Fokus der diversen regulatorischen Maßnahmen der letzten Jahre stehen auch weiterhin eine verbesserte Kapitalisierung, eine angemessenere Verschuldungsquote sowie der Schutz des Steuerzahlers im Falle einer Bankenschieflage.

Auf fundamentaler Ebene hat die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Eurozone dabei geholfen, dass der jüngste Bank Lending Survey der EZB (Oktober 2015) eine moderat anziehende Kreditnachfrage aufzeigt. Zudem dürfte der Höhepunkt bei den Problemkreditquoten der Banken erreicht worden sein. Solche notleidenden Ausleihungen stellen besonders Kreditinstitute der südlichen Peripherie der Eurozone seit geraumer Zeit vor erhebliche Probleme. Aufgrund der Höhe der Problemkredite ist für spanische Banken der positive Trend beim Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie der damit einhergehenden Stabilisierung des Immobilienmarktes von zentraler Bedeutung für ihre Solidität.

Die andauernd niedrige Zinspolitik der EZB stellte für die Kreditinstitute der Eurozone auch im Jahr 2015 ein zweischneidiges Schwert dar. Einerseits sorgten das „Search for Yield“ Sentiment auf Investorensseite und die damit einhergehende höhere Risikotoleranz für historisch enge Credit-Spreads, sowohl für unbesicherte als auch für besicherte Emissionen; dies erlaubte den Instituten der europäischen Peripherie, preiswert und kontinuierlich Emissionen zu begeben. Andererseits stehen dem weiterhin gedämpfte Profitabilitätsaussichten entgegen, da das klassische Bankgeschäft der Fristentransformation im Niedrigzinsumfeld nur noch bedingt Erträge erwirtschaftet.

Immobilieninvestment- und Immobilienfinanzierungsmärkte

Die europäischen Immobilieninvestmentmärkte haben 2015 ihren deutlichen Aufwärtstrend der letzten Jahre zum größten Teil fortgesetzt. In Kontinentaleuropa wurden im Jahr 2015 263 Mrd. € und damit mehr als je zuvor in gewerbliche Immobilien investiert (+18% gegenüber dem bereits starken Vorjahr 2014). Insbesondere der deutsche Markt trug zu diesem Wachstum bei. Aber auch in den Niederlanden – Finanzierungen dort machen neben dem deutschen Markt den Großteil des Hypothekendarlehensbestandes der Düsseldorfer Hypothekendarlehensbank aus – zeigte das Investitionsvolumen einen weiteren Anstieg im Jahr 2015 auf.

In Deutschland legte der Investmentmarkt für Gewerbeimmobilien noch einmal deutlich auf über 55,2 Mrd. € zu (2014 betrug das Ergebnis 39,8 Mrd. €), was dafür spricht, dass gewerbliche Objekte, insbesondere in Deutschland, im derzeit unveränderten Niedrigzinsumfeld eine beliebte Anlageklasse für professionelle Investoren bleiben. Dies ist sowohl bei inländischen als auch bei ausländischen Anlegern der Fall, die sich jeweils für rund 50% der Investmentsumme verantwortlich zeigten. Beliebteste Objektart blieben Büroimmobilien mit einem Anteil von 45,7% (25,2 Mrd. €) am Gesamtumsatz; den mit Abstand größten Zuwachs im Investitionsvolumen in Höhe von 97,7% zeigten allerdings Einzelhandelsimmobilien von 9,2 Mrd. € auf 18,1 Mrd. €. Umsatzstärkster Standort war 2015 Berlin mit einem Plus von 120,2% auf 7,8 Mrd. €. Auch sonst fokussierte sich das Interesse der Investoren auf die Top-Städte, verlagerte sich innerhalb dieser Standorte aber zunehmend in die B-Lagen, wo aufgrund steigender Immobilienpreise die Renditen bereits ähnlich stark sanken wie in den besten Lagen. Dennoch dürfte sich das Transaktionsvolumen am Gewerbeinvestmentmarkt 2016 trotz zu Beginn des Jahres leichter Skepsis einiger Immobilienmarktakteure auf zumindest ähnlich hohem Niveau wie 2015 halten.

Auch deutsche Wohnimmobilien waren und sind weiterhin unter Anlegern sehr begehrt, sodass der Wohninvestmentmarkt 2015 einen neuen Rekordumsatz erreichte. Im Gesamtjahr wurden hier (mit Portfolios ab 50 Wohneinheiten) rund 23,3 Mrd. € umgesetzt – ein Wert, der das bisherige Rekordergebnis von 2005 um 24% übersteigt (im Vorjahr 2014 lag das Investitionsvolumen bei rund 13,4 Mrd. €). Zum hohen Transaktionsvolumen beigetragen haben aber vor allem die großen (deutschen) börsennotierten Wohnungsbestandhalter (Wohnimmobilien-AGs) durch umfangreiche Zukäufe sowie mehrere außerordentliche Übernahmen bzw. Anteilskäufe. Auch wenn sich die Investitionen am Wohnungsmarkt 2015 zunehmend in Standorte außerhalb der Top 7-Städte verlagerten, stieg das Preisniveau nochmal deutlich gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der voraussichtlich auch 2016 ungebrochen hohen Nachfrage nach Investitionsmöglichkeiten in Wohnportfolios und nach Wohnraum im Allgemeinen, sowie vor dem Hintergrund des unzureichenden Angebots rücken Neubau-/Projektentwicklungen zunehmend in den Fokus der Investoren. Wegen der unverändert großen Nachfrage, erwartungsgemäß weiterer Marktkonsolidierungen unter Immobilien-gesellschaften, sehr guter Fundamentaldaten und eines weiterhin günstigen Kapitalmarktumfelds dürfte die Dynamik am Wohninvestmentmarkt anhalten und auch 2016 zu einem überdurchschnittlichen Jahr werden.

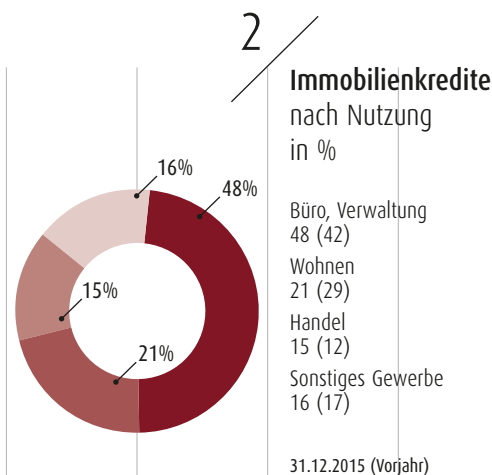
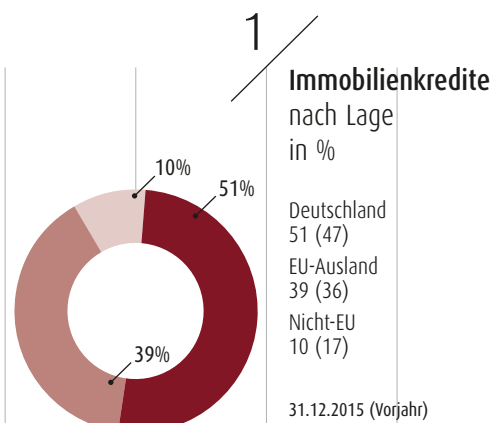
Die Finanzierungsbedingungen entwickelten sich im Jahr 2015 mit zunächst weiter sinkenden Margen und tendenziell höheren Ausläufen bei gestiegenem Angebot und Wettbewerb unter den Immobilienfinanzierern vorteilhaft für die Investoren. Auf der anderen Seite hielt das unverändert bestehende Niedrigzinsumfeld die Attraktivität von Immobilieninvestitionen und damit die Nachfrage nach entsprechenden Finanzierungen auf hohem Niveau. Dementsprechend war das Neugeschäft der Mehrheit der Kapitalgeber zuletzt ansteigend. Gegen Ende des Jahres erzielten sie zudem zum Teil sogar wieder im Durchschnitt leicht höhere Margen. Für 2016 wird erwartet, dass sich die Lage am deutschen Immobilienfinanzierungsmarkt zunächst nicht großartig verändert, sondern ausgeglichen und stabil bleibt, solange die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken anhält.

Der gewerbliche Immobilieninvestmentmarkt in den Niederlanden erreichte 2015 mit 11,6 Mrd. € das höchste Transaktionsvolumen seit 2007 (ein Plus von 10,5% gegenüber dem Vorjahr). Der Markt für Einzelhandelsimmobilien erreichte mit einem Umsatz von 2,8 Mrd. € sogar ein Allzeithoch. Von den Gesamtinvestitionen entfielen rund 40% auf die vier größten Städte Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Den Haag. Der Investmentumsatz wurde unter anderem getrieben durch neue Investoren aus dem Ausland (z.B. Asien). Vor dem Hintergrund weiterer gesamtwirtschaftlicher Erholung im Land kehrte aber auch das Vertrauen

inländischer Investoren in den niederländischen Immobilienmarkt zurück, die sich für 44,9% der 2015 getätigten Investitionen verantwortlich zeigten. Das niedrige Zinsniveau sowie die noch vorteilhafte Preissituation hatten ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Investmenttätigkeiten, deren Aufwärtstrend sich 2016 bei weiterhin hoher Nachfrage fortsetzen dürfte.

Am niederländischen Wohninvestmentmarkt stabilisierte sich das Wachstum 2015 ebenfalls. Die Erholung der Immobilien- und Mietpreise setzte sich im Laufe des Jahres in den meisten Teilen des Landes fort. Die Gesamtinvestitionen beliefen sich in 2015 auf ca. 2,7 Mrd. € und erreichten damit zwar nicht das Niveau des Vorjahres aber einen historisch gesehen relativ hohen Wert. Der größte Anteil entfiel auf Amsterdam. Investoren fokussieren sich dabei vermehrt auch auf Neu-/Projektentwicklungen, was unter anderem am derzeitigen Mangel verfügbarer Wohnungen liegt. 2016 dürfte sich der Wohnungsmarkt mit einer wachsenden Zahl an neuen Projektentwicklungen ähnlich positiv weiterentwickeln wie 2015.

Währenddessen wird ein verbreitetes Finanzierungsangebot von verschiedenen Marktakteuren in den Niederlanden den bereits 2015 gestiegenen Wettbewerb unter den Immobilienkreditgebern 2016 weiter verschärfen. Zuletzt hat dies bereits zu leicht erhöhten Loan-To-Value (LTV)-Quoten und sich einengenden Margen für die Banken geführt.



Geschäftsentwicklung

Immobilienkreditportfolio

Die Geschäftstätigkeit der Bank war 2015 aufgrund der Heta-Auswirkungen stark beeinträchtigt und gegen Ende des Jahres bereits auf den nur noch selektiven Abschluss von Neugeschäften ausgerichtet.

Hierbei erreichte die Bank im Berichtsjahr ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 162,3 Mio. €. Davon entfielen 93,3 Mio. € auf inländische und 69,0 Mio. € auf im Ausland besicherte Kredite. Im Inland dominierte mit einem Anteil von 82,8 Mio. € (88,7%) die Finanzierung von Gewerbeobjekten gegenüber wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien mit 10,5 Mio. € (11,3%); im Ausland finanzierte die Bank ausschließlich gewerblich genutzte Objekte. Die Kreditzusagen wurden ausnahmslos in €-Währung getätigt.

Vom Neugeschäftsvolumen gelangten im Berichtsjahr inländisch besicherte Kredite in Höhe von 89,9 Mio. € sowie im Ausland besicherte Kredite von 58,7 Mio. € zur Auszahlung bzw. Prolongation. Rückzahlungen von in Euro begebenen Hypothekendarlehen betragen 60,1 Mio. €. Eine in Euro begebene Darlehenstranche konnte in Höhe von 13,0 Mio. € erfolgreich ausplatziert werden. Weiterhin konnten die nicht zum Zielfortfolio gehörenden US-Dollar (USD)-, Schweizer

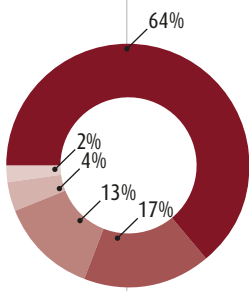
Franken (CHF)- und Kanadische Dollar (CAD)-Darlehen um 39,9 Mio. USD, 4,6 Mio. CHF und 78,0 Mio. CAD reduziert bzw. vollständig abgebaut werden.

Das gesamte Immobilienkreditportfolio wies zum 31. Dezember 2015 einen Bestand von 1,4 Mrd. € auf und lag um 0,2 Mrd. € (bzw. 16,7%) über dem Wert per 31. Dezember 2014 (1,2 Mrd. €). Der Zuwachs durch das Neugeschäft bzw. die Auszahlungen aus den Neugeschäften des Vorjahres konnten die Abgänge insbesondere durch planmäßige Tilgungen und Rückzahlungen sowie Verkäufe von Mortgage Backed Securities (MBS)-Tranchen überkompensieren. In geringem Maße wirkten sich Wechselkursänderungen aus.

Der Anteil der Finanzierungen in Deutschland nahm geringfügig auf 51,3% (Vorjahr: 46,8%) zu. Zum 31. Dezember 2015 machten Kredite im EU-Ausland 39,1% (36,2%) des Immobilienkreditportfolios aus. Auf das restliche Ausland (USA) entfielen 9,6% (17,0%). [G1] Die Zusammensetzung des nach Objektnutzung gegliederten Kreditbestandes verschob sich zugunsten des gewerblichen Anteils. Der Anteil der Wohnimmobilien sank auf 21,5% (29,5%), der Anteil gewerblicher Immobilien stieg entsprechend auf 78,5% (70,5%). [G2]

3

Staatskreditgeschäft nach Kreditnehmergruppen (ordentliche und Ersatzdeckung) in %

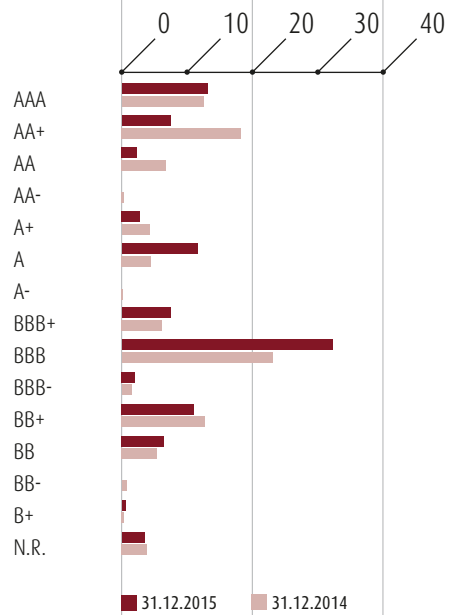


öffentliche Haushalte Ausland	64 (46)
Banken Ausland	17 (29)
öffentliche Haushalte Inland	13 (12)
öffentlich-rechtliche Kreditinstitute Inland	4 (12)
private Kreditinstitute Inland	2 (1)

31.12.2015 (Vorjahr)

4

Staatskreditgeschäft nach Bonität (ordentliche Deckung) in %



Im Gesamtbestand aller finanzierten Immobilien dominieren unter den Gewerbeimmobilien weiterhin die Büroobjekte mit 47,8% (41,6%), gefolgt von sonstigen Gewerbeobjekten mit 16,0% (17,2%) und Handelsobjekten mit 14,7% (11,7%). Die durchschnittliche Betragsgröße der Finanzierungen beläuft sich auf 18,0 Mio. € je Kreditnehmer (16,1 Mio. €).

MBS-Portfolio

Durch aktives Portfoliomanagement wurde, im Einklang mit der Geschäftsstrategie, im April 2015 das Mortgage Backed Securities-Portfolio mit einem restlichen Effektivkapital von insgesamt ca. 30,4 Mio. € vollständig verkauft.

Kapitalmarktportfolio

Die Neuausreichung von öffentlichen Finanzierungen wurde 2015 nur noch selektiv betrieben. Im Vordergrund stand die Fortsetzung des Risikoabbaus im Kapitalmarktportfolio. Unter anderem wurden Wertpapiere veräußert, die nach der Geschäfts- und Risikostrategie 2015 nicht zum Zielgeschäft der Bank gehörten. Hierzu zählten Bankengagements in den USA, Großbritannien, Italien und Norwegen im Nominalvolumen von insgesamt 293,0 Mio. € sowie Sovereigns und Subsovereigns in Italien, Polen und Finnland in Höhe von 301,0 Mio. €. In Folge der Heta-Krise wurden Engagements bei österreichischen Landesbanken im Jahresverlauf um 843,0 Mio. € aktiv abgebaut.

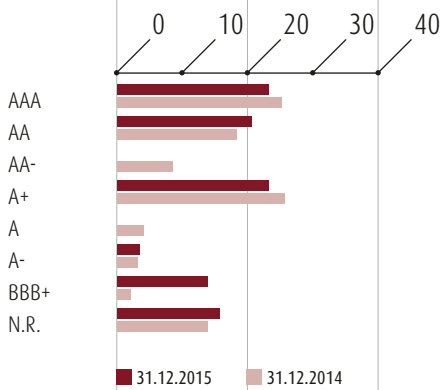
Insgesamt ermäßigte sich der Bestand fälligkeitsbedingt und durch aktiven Abbau von Risikoaktiva um 3,0 Mrd. € auf 5,4 Mrd. € (Vorjahr: 8,4 Mrd. €). Neugeschäft im Kapitalmarktbereich wurde in 2015 im Umfang von 80,0 Mio. € (195,0 Mio. €) abgeschlossen. Dabei handelte es sich um den Kauf von irischen Staatsanleihen im ersten Quartal des Geschäftsjahres.

Unter dem Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ der Düsseldorfer Hypothekenbank sind die Teilportfolien „Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“ zusammengefasst. Die drei Teilportfolien setzen sich wie folgt zusammen:

Auf das Teilportfolio „Staatskreditgeschäft“, dessen Bestand sich auf 4,1 Mrd. € (Vorjahr: 6,7 Mrd. €) verminderte, entfielen 76,4% (79,6%). Es umfasst insbesondere alle Forderungen, die sich gemäß deutschem Pfandbriefgesetz (PfandBfG) als ordentliche Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe qualifizieren. Schuldner hierbei waren zum Berichtsstichtag Öffentliche Haushalte (Staaten, Regionalregierungen, Gebietskörperschaften) aus Deutschland mit 17,3% (25,2%), den Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums mit 80,9% (73,3%) sowie der Schweiz mit 1,8% (1,1%). [G3]

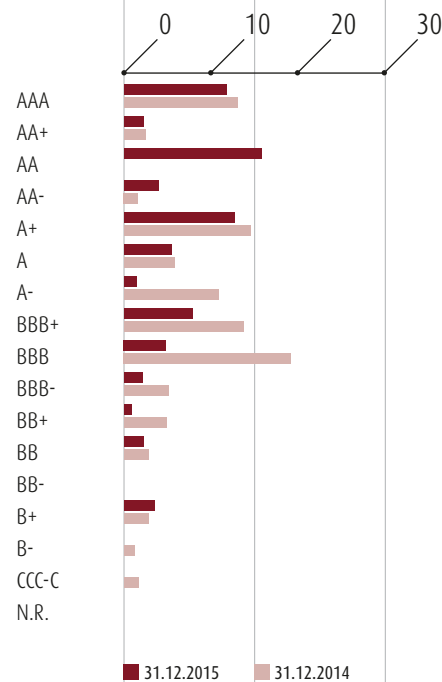
5

Ersatzdeckungsgeschäft nach Bonität in %



6

Außerdeckungsgeschäft nach Bonität in %



78,6% der zur ordentlichen Deckung geeigneten Forderungen verfügten über ein Investment-Grade-Rating von „BBB-“ oder besser, 3,5% hatten keine externe Bonitätseinstufung. [G4]

Das auf 0,4 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €) gesunkene Teilportfolio „Ersatzdeckungsgeschäft“, das alle Wertpapierforderungen gegen Kreditinstitute (Bankanleihen) enthält, die nach den vom PfandBG vorgegebenen Regeln als weitere Deckungswerte geeignet sind, repräsentierte 7,9% (5,8%) des Kapitalmarktgeschäftes. 23,2% dieses Teilportfolios entfielen auf Pfandbriefe und andere gedeckte Schuldverschreibungen aus europäischen Ländern.

Der Anteil von Forderungen dieses Teilportfolios mit einem Investment-Grade-Rating erreichte 84,4%, während 15,6% über keine externe Bonitätseinstufung verfügten. [G5]

Im Teilportfolio „Außerdeckungsgeschäft“ befinden sich alle Wertpapierforderungen, die weder zur ordentlichen Deckung noch als Ersatzdeckung verwendet werden können. Das Portfolio verringert sich deutlich auf 0,9 Mrd. € (1,2 Mrd. €) und machte damit 15,7% (14,6%) des Bestands aus. Das Außerdeckungsgeschäft verteilte sich mit 26,6% (46,6%) auf Bankschuldverschreibungen, 32,2% (22,2%) auf strukturierte Cédulas, 33,0% (27,5%) auf Pfandbriefe ausländischer Emittenten sowie 8,2% (3,7%) auf Staatskredite (inklusive Regionen und Kommunen).

Der Anteil von Forderungen mit einem Investment-Grade-Rating in diesem Teilportfolio betrug per 31. Dezember 2015 91,2%, Forderungen ohne Rating hatte die Bank hier nicht. [G6]

Derivatebestand

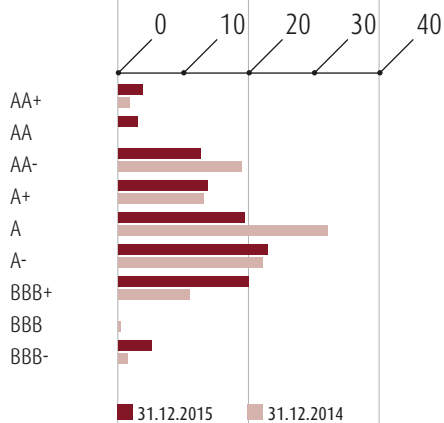
Zur Absicherung des spezifischen Zinsänderungsrisikos und/oder des spezifischen Fremdwährungs (FX)-Risikos, das mit dem Abschluss einzelner Aktiv- bzw. Passivpositionen verbunden ist, wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps und Cross-Currency-Swaps eingesetzt. Grundsätzlich werden im Rahmen des Aktiv/Passiv-Managements einfache Zinsswaps zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos der Bank eingesetzt. Für die Absicherung einzelner FX-Positionen werden entsprechende Cross-Currency-Swaps abgeschlossen. Im Rahmen eines Neu-Produkt-Prozesses wurden in der Echtttestgeschäftsphase in 2015 zwei Kundenderivate (Zinsswaps) in Kombination mit einem entsprechenden Immobilienkreditgeschäft abgeschlossen. Aufgrund der neuen Rückbastrategie wird dieses Produkt nicht mehr von der Bank angeboten.

Handelsrechtlich wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, keine Bewertungseinheiten zu bilden. Die Bank hat ihre Leitlinien zum Einsatz von Derivaten in der Geschäftsstrategie verankert.

Finanzderivate

Derivatepartner nach Bonitäten

in %



Refinanzierungsstruktur

in %

	31.12.2015	31.12.2014
Öffentliche Pfandbriefe	31	29
Hypothekendarlehen	7	6
Wertpapierbeleihung mit EZB (Tender)	10	23
Wertpapierbeleihung (Repo-Geschäfte)	13	15
sonstige Bankenverbindlichkeiten	1	1
Kundeneinlagen	38	25
Inhaberschuldverschreibungen	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	1
Gesamt	100	100

Zum Berichtsstichtag hielt die Bank einen Bestand an derivativen Finanzinstrumenten im Nominalvolumen von 13,1 Mrd. € (Vorjahr: 12,7 Mrd. €), der sich auf Zinsswaps über nominal 13,0 Mrd. € und Cross-Currency-Swaps über nominal 0,1 Mrd. € verteilte.

Das im Berichtsjahr leicht erhöhte Zinsswap-Volumen resultierte aus der aktiven Aussteuerung des Zinsänderungsrisikos. Dies überdeckte den deutlichen Abbau der Anzahl der Swaps als Folge planmäßiger Fälligkeiten und der fortgeführten aktiven Reduzierung des Derivatebestandes. Der Rückgang im Bereich der Cross-Currency-Swaps erklärt sich durch den Rückgang des Bestandes an Immobilienfinanzierungen in Fremdwährungen. [G7]

Refinanzierung und Liquidität

Im Zuge des anhaltenden Abbaus des Kapitalmarktgeschäftes wurden – wie bereits in den vorangegangenen Jahren – keine Öffentlichen Pfandbriefe begeben. Zur Refinanzierung des Immobilienkreditgeschäftes wurden im Berichtsjahr Hypothekendarlehen in Höhe von 40,0 Mio. € (Vorjahr: 162,0 Mio. €) emittiert. Künftig sollen allerdings aufgrund der strategischen Neuausrichtung grundsätzlich keine Hypothekendarlehen mehr emittiert werden.

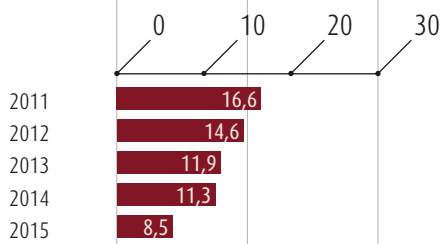
Seit Juni 2012 verfügt die Bank über ein von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) genehmigtes Emissionsprogramm für gedeckte und ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen und damit über die Möglichkeit, EZB-fähige Pfandbriefe zu begeben. Die letzte Aktualisierung des Emissionsprogrammes erfolgte im Frühjahr 2015. Die überarbeitete Programmversion wurde von den Aufsichtsbehörden in Luxemburg am 6. Juli 2015 gebilligt.

Die begebenen Pfandbriefe stellen eine wesentliche Säule der langfristigen Refinanzierung der Bank dar. Zum 31. Dezember 2015 befanden sich Öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 2,4 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) und Hypothekendarlehen in Höhe von 0,6 Mrd. € (0,7 Mrd. €) im Umlauf.

Als wichtige Stütze der Liquiditätsbeschaffung der Bank erwiesen sich auch in 2015 die vom Einlagensicherungsfonds geschützten Kundeneinlagen mit einem Bestand zum 31. Dezember 2015 von 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 2,7 Mrd. €), das Eurex Repo Trading mit einem Volumen von 1,0 Mrd. € (1,7 Mrd. €) und die Offenmarktgeschäfte mit der EZB in Höhe von 0,8 Mrd. € (2,5 Mrd. €). Repo-Geschäfte mit Finanzinstituten wurden im Berichtszeitraum nicht mehr abgeschlossen (Vorjahr: 30,0 Mio. €). [G8]

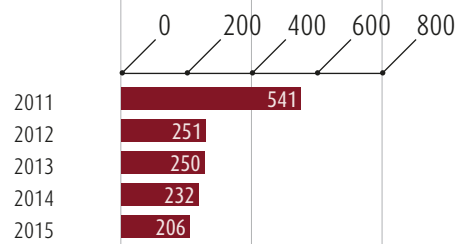
9

Bilanzsumme in Mrd. €



10

Kernkapital* in Mio. €



*gemäß Meldung,
vor Berücksichtigung
des Jahresergebnisses

Die Bank lässt ihre Anleihen seit März 2013 im Primärmarkt des Freiverkehrs der Düsseldorfer Börse, einem Qualitätssegment mit erhöhten Transparenzanforderungen, notieren. Die Bank nimmt damit keinen organisierten Markt im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) für von ihr ausgegebene Schuldverschreibungen in Anspruch. Zudem wurde kein Antrag auf Zulassung der eigenen Inhaberschuldverschreibungen zum Handel an einem organisierten Markt gestellt. Die Bank gilt somit nicht als kapitalmarktorientiert gemäß den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB).

Bilanzsumme und Eigenmittel

Zum 31. Dezember 2015 hat sich die Bilanzsumme der Bank um 24,8% auf 8,5 Mrd. € (Vorjahr: 11,3 Mrd. €) vermindert. Neben planmäßigen Fälligkeiten wurden Aktiva, die nicht mehr zum Zielfortfolio der Bank zählen, verkauft, insbesondere Bankengagements in Österreich, USA und Italien sowie Anleihen italienischer Regionalregierungen. [G9]

Im Einklang damit verringerte sich die Bilanzposition „Forderungen an Kreditinstitute“ um rund 0,8 Mrd. €. Zudem hat sich der Bestand „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ im Berichtsjahr mit 2,1 Mrd. € abermals deutlich reduziert. Hier wirkte sich neben Fälligkeiten der strategische Abbau des Wertpapierportfolios aus. Analog zu den Aktiv-Beständen verminderten sich insbesondere die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ um 2,5 Mrd. €. Ferner haben sich die Bilanzposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ und „Verbriefte Verbindlichkeiten“ aufgrund von Fälligkeiten um jeweils 0,2 Mrd. € verringert. Nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr durch Fälligkeiten vollständig zurückgezahlt oder in

Eigenkapital umgewandelt worden. Gegenläufig haben sich hingegen die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ entwickelt, die sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der vom ESF in Verbindung mit der Garantie zur Absicherung des Heterisikos erhaltenen Bareinlagen um 0,1 Mrd. € erhöht haben.

Die Bank wies auch im Jahr 2015 komfortable Eigenmittelquoten auf. Die Eigenmittel nach der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, CRR) beliefen sich per 31. Dezember 2015 auf 206,2 Mio. € (Vorjahr: 264,3 Mio. €) und entfielen ausschließlich auf das harte Kernkapital (Vorjahr: 231,7 Mio. €). Das zum Vorjahresende vorhandene Ergänzungskapital in Höhe von 32,6 Mio. € wurde im Berichtsjahr fällig bzw. in hartes Kernkapital gewandelt. Die Kernkapitalquote (Vorjahr: 11,5%) betrug wie die Gesamtkapitalquote 11,6% (13,2%). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2015 betragen die Eigenmittel, die ausschließlich auf das harte Kernkapital entfallen, 187,1 Mio. €. Es würde sich eine Kernkapitalquote und eine Gesamtkapitalquote von jeweils 10,5% ergeben. [G10]

Ertragslage

Das Zinsergebnis der Bank ist auch in 2015 noch von den ertragsbelastenden Close-out-Maßnahmen früherer Jahre (aus den Jahren bis einschließlich 2007) gekennzeichnet. Dennoch sind Verbesserungen erkennbar, die der veränderten Portfoliozusammensetzung und dem Auslaufen der belastenden Bestände zu verdanken sind.

Das Zinsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 16,6 Mio. € auf -18,0 Mio. €. Bereinigt um Einmaleffekte (Swap-Closings, Vorfälligkeitsentschädigungen, Dividenden etc.) von saldiert 4,2 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €), konnte das laufende Zinsergebnis somit um 13,9 Mio. € verbessert werden.

Das Provisionsergebnis weist mit 1,0 Mio. € einen positiven Wert aus. Für die Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr ist – einhergehend mit der im Jahresverlauf bereits erkennbaren strategischen Neuausrichtung der Bank – im Wesentlichen der verringerte Provisionsüberschuss in der Immobilienfinanzierung verantwortlich.

Der Personalaufwand betrug 9,9 Mio. €. Der Anstieg um 2,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert resultiert zum einen aus der erhöhten durchschnittlichen Mitarbeiterkapazität, aber insbesondere auch aus Rückstellungen, die für den mit der veränderten Geschäftsstrategie der Bank verbundenen, geplanten Personalabbau gebildet wurden. Die Erhöhung des Sachaufwandes (einschließlich der Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) auf 21,9 Mio. € (Vorjahr: 18,9 Mio. €) erklärt sich im Wesentlichen aus dem um 1,6 Mio. € erhöhten Mehrbedarf für Beratungsleistungen (Rechtsberatung, IT-Beratung) und der um 0,8 Mio. € gestiegenen Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Rahmen der Immobilienfinanzierung. Ferner haben sich die an verschiedene Verbände gezahlten Umlagen (Bankenabgabe, Einlagensicherungsfonds, Entschädigungseinrichtung) um insgesamt 0,5 Mio. € erhöht. Anders als in den Vorjahren hatte nicht mehr die Umlage für den Einlagensicherungsfonds des BdB, sondern die Bankenabgabe für den Restrukturierungsfonds den größten Anteil am Sachaufwand.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 0,6 Mio. € (0,5 Mio. €) und wird im Wesentlichen aus Erträgen aus den ehemaligen Rettungserwerben von saldiert 0,6 Mio. € und aus der Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen gespeist.

Das Bewertungsergebnis des Geschäftsjahres wurde vor allem von den Maßnahmen zum Abbau der nicht mehr zum Zielportfolio der Bank gehörenden Aktiva und durch die strategische Reduzierung der Pfandbriefe beeinflusst. Es umfasst sowohl die Risikovorsorge für alle erkennbaren und latenten Risiken aus dem Immobilienkreditgeschäft sowie aus dem Kapitalmarktgeschäft als auch sämtliche Erträge und Aufwendungen aus der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB. Das Bewertungsergebnis schließt mit einem Verlust in Höhe von -50,6 Mio. € (Vorjahr: +15,9 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis des Immobilienkreditgeschäfts (ohne MBS) fällt mit 2,9 Mio. € (-3,4 Mio. €) positiv aus und wird durch Teilaufösungen von in Vorjahren gebildeten Einzelwertberichtigungen (EWB) und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen von insgesamt 7,1 Mio. € beeinflusst. Konträr dazu wirken gebildete Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 4,2 Mio. €.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kapitalmarktgeschäft beläuft sich auf -53,5 Mio. € (+19,3 Mio. €) und wird negativ beeinflusst durch Einlösungsverluste von -55,0 Mio. € aus der vorzeitigen Rückzahlung von öffentlichen Namenspfandbriefen sowie einer gebildeten Drohverlustrückstellung – resultierend aus der Neuberechnung der verlustfreien Bewertung zum 31. Dezember 2015 – in Höhe von 55,0 Mio. €. Zudem wurden die aktivierten Zinsen der Heta-Anleihen von 3,4 Mio. € vollständig wertberichtigt. Demgegenüber stehen die Auflösung der Reserve gemäß § 340g HGB (30,0 Mio. €) und Verkaufsgewinne aus Wertpapier- und Kommundarleihensverkäufen von saldiert 29,9 Mio. €.

Ergebnisrechnung in Mio. €

	31.12.2015	31.12.2014
Zinsergebnis	-18,0	-34,6
Provisionsergebnis	1,0	2,6
Zins- und Provisionsergebnis	-17,0	-32,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,6	0,5
Verwaltungsaufwand	-31,8	-26,4
Rohergebnis	-48,2	-57,9
Bewertungsergebnis	-50,6	15,9
Operatives Ergebnis	-98,8	-42,0
Außerordentliches Ergebnis	58,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	-40,8	-42,0
Steuern	0,1	0,0
Jahresfehlbetrag	-40,7	-42,0
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-583,9	-541,9
Bilanzverlust	-624,6	-583,9

Das außerordentliche Ergebnis zeigt vertraglich vereinbarte Verlustausgleiche vom ESF in Höhe von 58,0 Mio. €. Davon entfallen 43,0 Mio. € auf die beim Verkauf österreichischer Aktiva und deren zugeordneter Sicherungsgeschäfte realisierten Verluste und 15,0 Mio. € auf die teilweise Übernahme von Verwaltungsaufwendungen.

Die Bank erzielte im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von 40,7 Mio. € (Vorjahr: 42,0 Mio. €). [G11]

Bericht zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) hat der Vorstand für den berichtspflichtigen Zeitraum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der von der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und testiert wurde. Der Bericht schließt mit folgender Erklärung des Vorstandes: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Interesse oder auf Veranlassung von verbundenen Unternehmen wurden keine Maßnahmen getroffen bzw. unterlassen, die unsere Gesellschaft benachteiligt haben.“

Rating

Am 14. April 2015 bestätigte Fitch Ratings infolge der indirekten Übernahme der Bank durch den BdB das Emittenten-Rating (Issuer Default Rating, IDR) der Düsseldorfer Hypothekenbank für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten mit BBB- und setzte gleichzeitig den Ausblick von „Rating Watch Negative“ auf stabil. Das Support Rating blieb mit 2 unverändert; das Viability Rating wurde vor dem Hintergrund der notwendigen Stützungsmaßnahmen von c auf f herabgestuft.

Beteiligungen

Im Dezember 2015 wurde die Liquiditätskonsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, an der die Düsseldorfer Hypothekenbank mit einem Nennkapital in Höhe von 20,0 T€ beteiligt war, zum Nennkapital liquidiert. Somit hält die Bank nur noch eine Beteiligung an der Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf, in Höhe von 0,8% aller Namensaktien der Gesellschaft, die jedoch, da es sich ursprünglich um eine Börsenzulassungsgebühr handelte, in der Bilanz nicht aktiviert wurde.

Personalbericht

Im Jahr 2015 waren durchschnittlich 77,2 Mitarbeiter für die Düsseldorfer Hypothekenbank tätig. Gegenüber dem Vorjahr (68,9) erfolgte eine Personalaufstockung vornehmlich im Bereich der Immobilienfinanzierung.

Aufgrund des Strategiewechsels und einer Fokussierung auf den Rückbau des Kapitalmarktgeschäftes ist eine Erhöhung des operationellen Risikos insbesondere im Bereich Personal im Jahr 2016 nicht auszuschließen. Ein Ziel ist daher vor allem die kontinuierliche Besetzung von Schlüsselfunktionen in der Bank.

Unabhängig davon setzt die Bank in der Personalentwicklung unverändert auf individuell zugeschnittene, praxisorientierte interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen, um das notwendige Fachwissen zu gewährleisten. Grundlage für die mitarbeiterbezogene Bedarfsanalyse sind regelmäßige Beurteilungsgespräche mit den Führungskräften. Auch im Jahr 2015 bildeten sich Mitarbeiter durch den Besuch von zahlreichen Seminaren und Fachschulungen weiter. Zusätzlich unterstützte die Bank berufsbegleitende Weiterbildung durch Förderungsprogramme und bot Fremdsprachentrainings durch Inhouse-Schulungen an.

Um die Anforderungen an die Mitarbeiter mit deren beruflicher und familiärer Situation bestmöglich in Einklang zu bringen, bietet die Bank neben der Gleit- und Teilzeitarbeit auch begrenzt die Möglichkeit des mobilen Arbeitens an.

Risikobericht

Die risikopolitischen Leitlinien und Strukturen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt und im Risikohandbuch detailliert ausgearbeitet. Beide Dokumente wurden in 2015 umfassend überarbeitet und entsprechend den Unternehmenszielen angepasst. Sie stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das bankinterne Intranet zur Verfügung. Diese Dokumentation bildet die Grundlage für die einheitliche Bearbeitung und interne Kommunikation aller wesentlichen Risikoarten und unterstützt die zielgerichtete Risikosteuerung der Bank. Die Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie werden dabei adäquat überwacht.

Ziele des Risikomanagements/Limitsystems

Grundlage für das Management der Risiken bildet die vom Aufsichtsrat verabschiedete Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Ziel des Risikomanagements ist die grundsätzlich langfristige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Der Begriff der Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit, übernommene Risiken auch tatsächlich tragen zu können. Hieraus ergibt sich für die Bank neben der Messung der unterschiedlichen Risiken die Notwendigkeit, das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial zu ermitteln und dieses bedarfsgerecht auf die einzelnen Risikoarten zu verteilen (Limitsystem). Ist das Risikodeckungspotenzial (Risikokapital) stets größer als die quantifizierten kumulierten Risiken (Risikokapitalbedarf), ist die Risikotragfähigkeit der Bank über den Risikobetrachtungshorizont gegeben.

Die Bankaufsicht hat in Abhängigkeit der Absicherungsziele sowohl den Going-Concern-Ansatz als auch den Liquidationsansatz als die beiden relevanten Steuerungskreise definiert. Die Bank hat sich für die Implementierung beider übergeordneter Steuerungskreise entschieden. Das Risikodeckungspotenzial wird im Going-Concern-Ansatz einerseits monatlich nach bilanzorientierten Zahlen und andererseits täglich nach barwertorientierten Werten ermittelt. In Ergänzung zu den beiden Going-Concern-Ansätzen führt die Bank komplementär einen Steuerungskreis unter der Annahme einer geordneten Liquidation der Bank innerhalb von einem Jahr mit der Ermittlung der Risikotragfähigkeit auf barwertorientierter Basis. Durch die Modellierung und Kommunikation dieser unterschiedlichen Steuerungskreise sowie der detaillierten Darstellung von Informationen und Daten im Zeitablauf wird die Risikosituation der Bank transparent. Eine Gesamtwürdigung durch die Entscheidungsträger wird somit möglich. Die nachfolgenden Ausführungen zu Limiten und Risikowerten beziehen sich grundsätzlich auf den in der Bank führenden Going-Concern-Ansatz.

Die Bank hat umfangreiche Instrumentarien zur Unterstützung des Risikomanagementprozesses entwickelt. Diese wurden vor dem Hintergrund der stetig steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Risikosteuerung sowie der gestiegenen Herausforderungen durch die aktuellen Marktgegebenheiten auch im Jahr 2015 weiterentwickelt und erweitert. So hat die Bank neben der Erweiterung des regelmäßigen Berichtswesens u.a. das Modell zur Barwertermittlung vor dem Hintergrund eines scheinbar dauerhaft negativen Zinsumfelds überarbeitet, die Berechnungsmethoden zur Ermittlung des Gesamtbankstresstests auf den bilanzorientierten Steuerungsansatz umgestellt sowie die Barwertkalkulation für variabel verzinsliche Darlehen mit Kündigungsrechten gemäß § 489 BGB optimiert. Den Zielen der neuen Geschäftsstrategie für 2015 folgend wurde die Risikostrategie und damit auch die Limitarchitektur angepasst.

Die Bank musste aufgrund der Auswirkungen des Zahlungsmoratoriums bei der österreichischen Heta auf die Risikotragfähigkeit von ihrer Strategie, das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft auszuweiten, auf eine Rückbaustrategie im Going-Concern-Ansatz umstellen. Der Fokus liegt dabei auf dem forcierten aktiven Rückbau von Risikopositionen im Kapitalmarktportfolio. Im bilanzorientierten Risikotragfähigkeitskonzept, das als strategische, langfristige und limitorientierte Risikotragfähigkeitsberechnung als Hauptsteuerungskreis wesentlich ist, konnten die Belastungen aus diesem Risikoabbau aufgrund der Stützungsmaßnahmen der neuen Eigentümer der Bank weitestgehend kompensiert werden. Die Auslastungen der Risikolimits lagen unter Berücksichtigung stiller Reserven aus dem Wertpapierportfolio jederzeit im moderaten und gemäß Geschäfts- und Risikostrategie zu tolerierenden Bereich.

Im barwertigen Risikodeckungspotenzial, das u.a. für die tägliche und detaillierte Steuerung der Marktrisiken und deren Limitierung wesentlich ist, sind die positiven Effekte der Stützungsmaßnahmen ebenfalls erkennbar. So konnte der Verlust von barwertiger Risikodeckungsmasse aufgrund des Moratoriums durch die Garantievereinbarungen und Ausgleichszahlungen verhindert werden. Barwerterhöhend wirkten zudem Auszahlungen von Neugeschäften aus der Immobilienfinanzierung, sodass das Risikodeckungspotenzial – wenn auch auf niedrigem Niveau – um knapp 60% erhöht werden konnte.

Im Rahmen des aktiven Risikoabbaus konnten die kumulierten drohenden Risiken, getrieben durch einen deutlichen Rückgang des Kreditrisikos, reduziert werden. Dennoch reicht die insgesamt positive Entwicklung mit sich reduzierenden Limitauslastungen grundsätzlich nicht aus, um auch in diesem Steuerungskreis die Limitauslastungen wieder in einen adäquaten Toleranzbereich zurückzuführen.

Das Aufsichtsgremium sowie die Aufsichtsbehörden wurden jeweils zeitnah und umfassend über die Entwicklungen informiert.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für das Management der Risiken liegt beim Gesamtvorstand. Er ist auch das oberste Entscheidungsgremium in Risikofragen. Unterstützt wurde er im Berichtsjahr durch den monatlich tagenden Aktiv-Passiv-Ausschuss sowie das Kapitalmarktkomitee. Darüber hinaus tagte vierteljährlich das Risikokomitee als zentrales Gremium zur umfassenden Erörterung der Risikolage der Bank. Hier werden die strategische Risikoausrichtung analysiert, neue Risiken identifiziert, die Wesentlichkeit überprüft und gegebenenfalls Maßnahmen zur Steuerung vorgeschlagen.

Der Aufsichtsrat informierte sich in den Aufsichtsrats-sitzungen im Rahmen des Standardtagesordnungspunktes „Risikobericht“ regelmäßig anhand des umfassenden Quartalsrisikoberichts über die aktuelle Risikosituation. Das Berichtswesen wird dem Aufsichtsrat unabhängig von den Gremiensitzungen vierteljährlich in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Risikomanagements kommt der aufbauorganisatorischen Ausgestaltung der Prozesse eine große Bedeutung zu. Die Bank hat Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter klar definiert. Bei der Ausgestaltung der Aufbauorganisation wurde sichergestellt, dass aufsichtsrechtlich miteinander unvereinbare Tätigkeiten im Wege klarer Funktionstrennung durch unterschiedliche Organisationseinheiten wahrgenommen werden.

Vor Abschluss von Geschäften in neuen Produkten und/oder auf neuen Märkten ist ein Neu-Produkt-Prozess zu durchlaufen. Ein neues Produkt bzw. ein neuer Markt liegt vor, wenn es mit den vorhandenen Risikomessmethoden und den bestehenden Limitsystemen nicht adäquat abgebildet und gesteuert werden kann oder in Bereiche investiert werden soll, in denen die Bank keine Erfahrung besitzt.

Risikokategorien und Risikoarten

Als wesentliche Risikokategorien definiert die Bank

- das Kreditrisiko,
- das Marktpreisrisiko,
- das Liquiditätsrisiko,
- das Operationelle Risiko und
- das Ertragsrisiko.

Für den Bereich der Liquiditäts- und Ertragsrisiken ist aus Sicht der Bank das Risikodeckungspotenzial kein geeignetes Maß zur Beurteilung. Liquiditätsrisiken werden täglich im Detail durch spezielle Steuerungsinstrumente überwacht und ausgesteuert. Für das Ertragsrisiko hat sich bisher noch kein Standard zur Messung über die bereits bekannten Risiken (Kreditrisiko etc.) hinaus etabliert, weshalb dieses nicht separat im quantitativen Risikotragfähigkeitskonzept ausgewiesen wird. Ertragsrisiken werden im Rahmen vierteljährlicher Auswertungen zum Quartalsrisikobericht sowie im Rahmen der mittelfristigen Finanz- und Kapitalplanung aufgezeigt.

Darüber hinaus wurden sonstige Risiken wie das strategische Risiko, das Risiko aus Beteiligungen, das Reputationsrisiko, das Deckungsstockrisiko sowie das Modellrisiko identifiziert. Die Bewertung der sonstigen Risiken erfolgt im Einklang mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) nicht über gesonderte Limitsysteme. Das Beteiligungsrisiko wurde in 2015 vollständig abgebaut.

Kreditrisiko

Strategie

Als Kreditrisiko wird die Gefahr des Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungsansprüche und der damit verbundenen Wertminderung von Vermögensgegenständen definiert. Das Immobilienkreditgeschäft und das Kapitalmarktgeschäft sind stets mit dem Eingehen von Kreditrisiken verbunden. Ziel des Kreditrisikomanagements ist es, diese Kreditrisiken zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Kreditrisikostrategie als Kernelement der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank setzt einen verbindlichen Rahmen für das Management zu bestehenden und dem Eingehen neuer Kreditrisiken in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit der Bank. Kern der Kreditrisikostrategie ist das mehrstufige Limitsystem zur Begrenzung von Kreditrisikokonzentrationen auf Portfolio- und Einzelkreditnehmerebene. Der Steuerung des Länderrisikos kommt eine besondere Bedeutung innerhalb der Kreditrisikostrategie zu. Das Länderlimitsystem orientiert sich an allgemeinen Kriterien

wie Länderbonität, politischer Stabilität, Stärke der Volkswirtschaft, Transparenz, Rechtssicherheit sowie – im Hinblick auf das Immobilienkreditgeschäft – an marktspezifischen Kriterien wie Volatilität, Liquidität und Reife der nationalen Immobilienmärkte. Der vierteljährliche und bei besonderen Erfordernissen ad hoc durch die Fachabteilungen erstellte und der Geschäftsleitung vorgelegte Risikobericht führt zu einer hohen Risikotransparenz und unterstützt die Umsetzung bzw. Einhaltung der Kreditrisikostrategie.

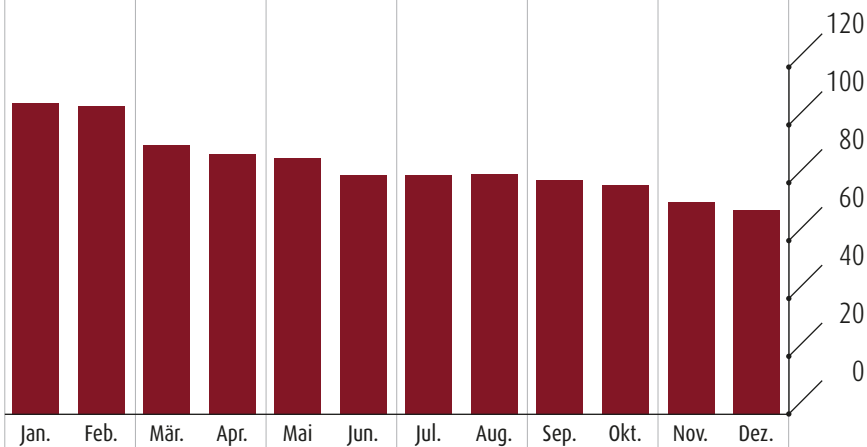
Organisation

Eine zentrale Anforderung an die Organisation des Kreditgeschäfts ist die Einhaltung der Trennung von vertriebs- und kundenbezogenen Funktionen (Markt) einerseits und risikoanalyse- und risikomanagementbezogenen Tätigkeiten (Marktfolge, Immobilienbewertung und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird diesem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt, Marktfolge-, Bewertungs- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Bearbeitung der Immobilienkredite erfolgt grundsätzlich auf der Marktfolgeseite. Bereits bei der Kreditanfrage – also weit vor Erstellung und Genehmigung eines Kreditantrags – wird die Marktfolge an allen risikorelevanten Prozessen beteiligt. Dies geschieht durch Objektvorbesichtigungen, ein eigenständiges, separates Krediturteil, besondere Kontrollhandlungen und eine konkrete Prozessverantwortung. So setzt jede Kreditentscheidung im Immobilienkreditgeschäft die Zustimmung der Marktfolgeeinheit Immobilienfinanzierung Kreditrisiko als „zweites Votum“ voraus. Auch die Bearbeitung von Problemkrediten liegt generell im Verantwortungsbereich der Marktfolge.

Das Risikomanagement im Kapitalmarktgeschäft ist mehrstufig: Bevor der Markt Wertpapiergeschäfte tätigen kann, sind Limitanträge zu stellen. Die Marktfolgeabteilung Kapitalmarktfinanzierung Kreditrisiko analysiert die Bonität, votiert und erstellt ein Kreditprotokoll. So setzt Kapitalmarktneugeschäft – welches gemäß der neuen Geschäftsstrategie auf Ausnahmefälle begrenzt ist – die Zustimmung der Marktfolge als „zweites Votum“ voraus. Anschließend genehmigt gemäß Kompetenzordnung der Vorstand (erforderlichenfalls mit Zustimmung des Aufsichtsrats) die Kreditlinie für die beantragte Adresse. Die Überwachung der Limiteinhaltung erfolgt durch die Organisationseinheit Treasury Operations & Deckungsmanagement. So ist sichergestellt, dass die votierende Fachabteilung nicht die Limiteinhaltung kontrolliert und das Kapitalmarktgeschäft der gleichen Trennung von Markt und Marktfolge wie die Immobilienfinanzierung unterliegt. Auch die laufende Bearbeitung und Bestandsüberwachung der Geschäfte durchläuft wie die Einrichtung der Limite einen

Kreditrisiko CVaR in Mio. €



Kreditprozess auf der Marktfolgesseite. Je risikoreicher das Engagement durch die Marktfolge eingestuft wird, desto detaillierter und zeitnaher erfolgt die Überwachung. Über die Entwicklung des Kreditrisikos sowie die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung wird monatlich sowohl im Aktiv-Passiv-Ausschuss als auch separat im Immobilienkredit- und dem Kapitalmarktkomitee sowie vierteljährlich in der Sitzung des Risikokomitees berichtet.

Die Kreditrisikomessung, die Portfoliorisikolimitüberwachung und die Berichterstattung über das Kreditrisiko auf Gesamtbankenbene werden vom Risikocontrolling wahrgenommen.

Messmethoden

Voraussetzung für eine geschäftsfeldübergreifende, risikoorientierte Portfoliosteuerung ist eine einheitliche Kreditrisikomessung für das gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Kreditportfolio, bestehend aus dem Kapitalmarkt- und Immobilienkreditgeschäft sowie dem Geldmarkt- und Derivategeschäft. Maßgebliche Kreditrisikokennziffer für die Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Credit Value at Risk (CVaR) des Kreditportfolios. Darüber hinaus ist der CVaR die Maßzahl für den Risikobeitrag einzelner Länder, von Teil- und Subportfolien, von Sektoren sowie von Gruppen verbundener Kunden und dient der Identifizierung und Limitierung von Risikokonzentrationen.

Die monatliche Quantifizierung des Kreditrisikos, ausgedrückt als CVaR, erfolgt mittels eines ausfallbasierten Ein-Faktor-Kreditrisikomodells. Die wesentlichen Risikoparameter dieses Modells sind die Volumen (Exposure at Default, EaD), Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD) und Verlustquoten (Loss Given Default, LGD) in Abhängigkeit von extern (Kapitalmarktgeschäft) und intern (Kapitalmarkt- und Immobilienkreditgeschäft) erhobenen Ratings nach anerkannten mathematisch-statistischen Verfahren.

Die so ermittelten Kreditrisiken werden den jeweils zugeordneten Risikolimiten gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen durch Eskalationsverfahren im Risikohandbuch der Bank definiert.

Stresstests

Die standardisierte Kreditrisikomessung wird um regelmäßig durchgeführte Stresstests ergänzt, um den Einfluss externer Risikotreiber auf die Risikotragfähigkeit abzuschätzen und die Fähigkeit der Bank, Krisenszenarien standzuhalten, zu beurteilen.

Zum einen wird die Sensitivität des CVaR bezüglich unerwarteter Rating-Herabstufungen im gesamten Kreditportfolio und in den einzelnen Steuerungsportfolien analysiert. Die mehrstufige Simulation umfasst sowohl erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund einer gemäßigten Rezession als auch massive Downgrades aufgrund einer Finanzmarktkrise. Adressenkonzentrationen und eine geringe Portfoliogranularität wirken risikoe erhöhend. Für das Portfolio der gewerblichen Immobilienkredite wird eine krisenhafte Verschlechterung der Mietindizes simuliert, welche sowohl Erhöhungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) als auch der Schadensquoten (LGD) impliziert.

Im Rahmen des inversen Stresstests werden die Märkte nach ihrem systemischen Risiko differenziert. Abhängig von weiteren Frühwarnindikatoren werden die Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote und Assetkorrelation je Position gestresst. Auf dieser Basis werden der Unerwartete Verlust (CVaR) und der Erwartete Verlust (Lifetime Expected Loss, LEL) in der Risikotragfähigkeitsrechnung neu kalkuliert. Für Problemkredite werden EWB-Zuführungen aufgrund gestresster Sicherheitenwerte simuliert. Mittels eines Skalierungsfaktors wird das Krisenszenario ermittelt, das zu einem Verlust der Risikotragfähigkeitsrechnung führen würde.

Entwicklung des Kreditrisikos

Der zum Datenstichtag 31. Dezember 2015 ermittelte CVaR lag mit 71,2 Mio. € rund 34,0% unter dem Wert zum Vorjahrresultimo (107,9 Mio. €). Der wesentliche Grund für diese Entwicklung war der starke Abbau des Kapitalmarktportfolios inklusive des Wegfalls des Risikos der Heta-Anleihen, für die durch den ESF eine Garantie gestellt wurde. [G12]

Die Überschreitungen in den Kreditrisikolimiten (barwertig) sind nach wie vor maßgeblich auf die Belastungen der Risikodeckungspotenziale aus der Finanzkrise und deren Folgewirkungen zurückzuführen.

Risikovorsorge Immobilienkreditgeschäft

Das Frühwarnsystem der Bank und die darauf aufbauende Einstufung des Immobilienkreditbestands in maßnahmenorientierte Risikostatus versetzen die Bank in die Lage, eine frühzeitige, systematische Risikoerkennung zu betreiben, um vor dem Auftreten akuter Risiken reagieren und Risiko begrenzende Maßnahmen einleiten zu können.

Die Bank teilt das Immobilienkreditgeschäft in drei Kategorien mit insgesamt sechs Risikostatus (RS) ein:

Normalbetreuung:

- **RS 0:** Unauffälliges Engagement (keine Frühwarnindikatoren); keine risikorelevanten Gegensteuerungsmaßnahmen (GSM) erforderlich.
- **RS 1:** Auffälliges Engagement ohne Ausfallgefährdung; keine risikorelevanten GSM erforderlich bzw. eingeleitete Maßnahmen greifen nachhaltig.

Intensivbetreuung

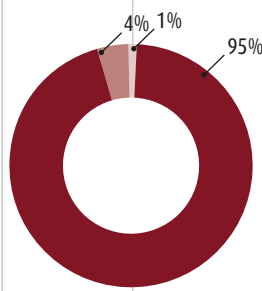
- **RS 2:** Auffälliges Engagement mit Ausfallgefährdung; GSM sind eingeleitet. Bei erstmaliger Einstufung in RS 2 erfolgt eine außerordentliche Prüfung des Finanzprojektes und eine laufende Überprüfung der Umsetzung der GSM durch Intensivbetreuung und Frühwarnrunde; Bearbeitung weiterhin durch Kreditanalysten.
- **RS 3:** Auffälliges Engagement mit starker Ausfallgefährdung; Umsetzung der eingeleiteten GSM ist gefährdet oder gescheitert. Bearbeitung des Finanzprojektes durch Intensivbetreuung.

Problemkreditbearbeitung

- **RS 4:** Sanierung: Erstellung eines Sanierungskonzeptes zur Beurteilung der Sanierungsfähigkeit. Laufende Überprüfung der Umsetzung des Sanierungskonzeptes und Maßnahmen durch Intensivbetreuung und Problemkreditrunde.
- **RS 5:** Abwicklung: Erstellung eines Abwicklungskonzeptes. Laufende Überprüfung der Umsetzung des Abwicklungskonzeptes und Maßnahmen durch Kreditanalysten, Intensivbetreuung und Problemkreditrunde.

Darlehen der RS 3 bis 5 werden in regelmäßigen Abständen, mindestens aber vierteljährlich auf das Erfordernis einer Wertberichtigung überprüft. Der Bedarf für eine Risikovorsorge besteht, wenn die Rückzahlung des Darlehenskapitals unter Berücksichtigung zufließender Mieten, des Sicherheitenwertes und der Bonität nicht mehr gewährleistet erscheint. Unabhängig davon werden sämtliche Zinsrückstände, deren Fälligkeit 90 Tage überschreitet, in vollem Umfang wertberichtigt.

13



Immobilienkredite nach Risikoklassen in %

Normalkredite
95 (97)
Risikobehaftete Kredite
4 (0)
Not leidende Kredite
1 (3)

31.12.2015 (Vorjahr)

14

Not leidende Kredite

	31.12.2015	31.12.2014
Not leidende Kredite in Mio. €	5,4	32,7
Anteil in %	0,4	2,7

15

Rückstandsquote

	31.12.2015	31.12.2014
Rückstandsquote in %	0	0
Netto-Neuzuführung		
Wertberichtigungen in Mio. €	0,0	3,4
Risikokosten (bp)	0	28

Eine gebildete Kapitaleinzelswertberichtigung wird mindestens vierteljährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Zum Berichtsstichtag wurden 95,2% (Vorjahr: 97,3%) des gesamten Immobilienkreditbestandes (inklusive fällige Darlehen) intern als „Normalkredit“ (RS 0 und 1) eingestuft, 4,4% (0,0%) als risikobehaftet (RS 2 und 3) und 0,4% (2,7%) als „Not leidend“ (RS 4 und 5). [G13] [G14]

Im Berichtszeitraum gab es keine neuen Zuführungen zu den Kapital-EWB, sondern lediglich eine Erhöhung einer bereits bestehenden Kapital-EWB sowie eine Zuführung zu der Zins-EWB im Rahmen der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft. Bestehende Wertberichtigungen wurden in Höhe von 7,3 Mio. € (Vorjahr: 17,6 Mio. €) in Anspruch genommen und in Höhe von 5,4 Mio. € (2,3 Mio. €) aufgelöst. Saldiert hat sich der EWB-Bestand im Immobilienkreditgeschäft im Jahresverlauf von 14,7 Mio. € auf 4,0 Mio. € verringert. Das sind 0,3% (1,2 %) bezogen auf den Gesamtbestand der Immobilienfinanzierung.

Das gesamte MBS-Portfolio wurde im April 2015 veräußert. Im Rahmen des Verkaufs wurde ein Verlust von 1,1 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €) realisiert.

Die Rückstandsquote, ausgedrückt als Verhältnis zwischen der Gesamtsumme aller rückständigen Zinsen (> 30 Tage) in Relation zum Immobilienkreditbestand, lag bei <0,1 % (0,0%). [G15]

Risikovorsorge Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft teilt die Bank ihren gesamten Wertpapierbestand in sechs Risikoklassen (RK) ein:

- **RK I:** Normalkredite ohne nennenswerte Risiken
- **RK II:** Normalkredite
- **RK III:** Normalkredite mit erhöhten Spreads
- **RK IV:** Kredite in Intensivbetreuung
- **RK V:** Kredite in Intensivbetreuung mit erhöhten Spreads
- **RK VI:** Not leidende Kredite (in dieser RK verbuchte Wertpapiere unterliegen einer EWB).

Grundlage für die Zuweisung eines Wertpapiers in eine Risikoklasse ist dessen Rating und dessen aktueller Risikoaufschlag (Swap-Spread) gegenüber der Swap-Kurve. Dieses Verfahren stellt sicher, dass sowohl analytengestützte Expertise (Rating) als auch marktbasierende Informationen (Swap-Spread) in angemessener Form bei der Risikoklassifizierung Berücksichtigung finden.

Positionen der Risikoklasse V werden gesondert überprüft und – soweit sie dem Anlagevermögen zugeordnet sind – gegebenenfalls wertberichtigt. Die Analyse des Bestands ergab keinen Wertberichtigungsbedarf.

Exposure in Peripherieländern (sowie Österreich)

in Mio. €*

	Kredit- institute	Zentral- staaten	Regionen/ Kommunen	Summe 31.12.2015	Summe 31.12.2014
Österreich	88	125	415	628	1.837
Italien		537	446	983	1.363
Portugal	18	335		353	374
Slowenien		65		65	80
Spanien	360	435	570	1.365	1.442
Gesamtexposure	466	1.497	1.431	3.394	5.096

*auf Basis Ultimate-Risk und inklusive Schuldscheindarlehen

Zum Berichtsstichtag wurden 84,9% (Vorjahr: 81,7%) des gesamten Kapitalmarktbestandes intern in die RK I bis III, d.h. als Normalkredit, eingestuft, 15,1% (13,7%) in RK IV und 0,0% (4,6%) in RK V. Es befanden sich keine Bestände in RK VI. Die Heta-Positionen im Bestand, die prinzipiell der RK VI zugeordnet werden müssten, tragen aufgrund der Garantie des ESF kein Risiko mehr für die Bank (EaD = 0) und bleiben aus diesem Grund hier unberücksichtigt.

Kapitalmarkt-Exposure in süd- und südosteuropäischen Peripherieländern sowie Österreich

Das Volumen der Engagements in Italien, Spanien, Portugal, Slowenien sowie Österreich belief sich per 31. Dezember 2015 auf insgesamt 3,4 Mrd. € (Vorjahr: 5,1 Mrd. €). Trotz der deutlichen Bestandsreduzierungen, die zu einem großen Teil auf Verkäufe (1,1 Mrd. €) zurückzuführen sind, bestehen hier unverändert Konzentrationsrisiken, die beim weiteren Rückbau des Kapitalmarktgeschäftes berücksichtigt und eng im Risikomanagement begleitet werden.

Das Spanien-Exposure stellt zum Jahresende 2015 mit nominal 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €), gefolgt von Italien mit 1,0 Mrd. € (1,4 Mrd. €), den größten Anteil in den EU-Peripherieländern der Bank dar. Neugeschäft wurde in den Ländern nicht getätigt. Bei spanischen Regionen und Kommunen sank das Nominalvolumen zum Jahresende 2015 auf 570,0 Mio. € (632,5 Mio. €). Die Exposures gegen-

über Kreditinstituten und der Zentralregierung lagen mit 360,0 bzw. 435,0 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau. In Italien wurde das Engagement bei Kreditinstituten vollständig fällig, zudem sank das Exposure gegenüber Regionen und Kommunen durch Fälligkeiten und Verkäufe deutlich von 701,7 Mio. € auf 446,4 Mio. €.

In Portugal und Slowenien lag das Nominalvolumen zum Jahresende 2015 bei 352,5 Mio. € (Vorjahr: 374,3 Mio. €) bzw. 65,0 Mio. € (80,0 Mio. €). Mit 335,0 Mio. € (335,0 Mio. €) besteht das portugiesische Engagement überwiegend aus Staatsanleihen und Anleihen staatlicher Unternehmen. Der slowenische Bestand besteht ausschließlich aus Staatsanleihen.

Österreich geriet in Folge der Heta-Krise in den öffentlichen Fokus. Aufgrund der gestiegenen Unsicherheiten bei österreichischen Anlagen mit Ausfallbürgschaften wurden im Jahresverlauf Engagements bei Landesbanken um 843,0 Mio. € aktiv reduziert. Hinzu kam eine Fälligkeit in Höhe von 15,0 Mio. €. [G16]

Marktpreisrisiko

Strategie

Als Marktpreisrisiko definiert die Bank die Gefahr, dass sich die aktuelle und künftige Vermögens- oder Ertragslage der Bank aufgrund von Veränderungen der

- Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
 - risikoloser Zins (allgemeines Zinsänderungsrisiko)
 - Spreads (spezifisches Zinsänderungsrisiko – Spreadrisiko),
- Währungen bzw. Wechselkurse (Währungsrisiko),
- Optionssensitivitäten, z. B. Volatilität (Optionsrisiko einschließlich Kündigungsrisiko),
- Aktienkurse (Aktienrisiko) oder
- Warenpreise (Warenpreisrisiko)

verschlechtert.

Die Marktpreisrisikostategie beschreibt die Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung des Marktpreisrisikos der Bank auf Portfolio- und Einzelengagement-Ebene unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements kann die Bank Zinsänderungsrisiken innerhalb der vorgegebenen Risikolimits eingehen, die jedoch auch konsistent zur Geschäftsstrategie sein müssen. Das Eingehen von Spreadrisiken ist eine Konsequenz aus den geschäftlichen Aktivitäten der Bank im Kapitalmarkt.

Das Spreadrisiko wird für den Gesamtbestand ermittelt und grundsätzlich für den dem Umlaufvermögen zugeordneten Bestand entsprechend der verabschiedeten Risikostrategie limitiert. Die Bank hat im Geschäftsjahr 2015 keine Positionen im Umlaufvermögen gehalten. Die Übernahme von Währungsrisiken ist nicht Bestandteil der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Offene Währungspositionen werden grundsätzlich nicht aktiv eingegangen, lassen sich jedoch im Interesse der Geschäftseffizienz nicht vollständig vermeiden. Die bestehenden geringen Währungsrisiken werden täglich gemessen und limitiert. Die offenen Fremdwährungspositionen werden über einen Bestandsreport angezeigt und regelmäßig berichtet.

Das bewusste Eingehen von Optionsrisiken zählt ebenfalls nicht zur Marktpreisrisikostategie der Bank. Sofern mit dem Abschluss von Aktiv- und Passivgeschäften das Eingehen von Optionsrisiken (z.B. Kündigungsrechten) verbunden ist, werden diese durch geeignete Sicherungsgeschäfte abgesichert. Bestehende kleinere Optionsrisiken werden täglich gemessen und limitiert.

In Geschäften, deren Wertentwicklung von Aktienkursen und Warenpreisen abhängt, ist die Bank nicht engagiert. Sie wird auch künftig in solchen Geschäften nicht tätig werden.

Organisation

Grundlegend für den Umgang mit Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk ist das Prinzip der Funktionstrennung, insbesondere die Trennung von Geschäftsabschluss (Markt bzw. Handel) einerseits und Geschäftsabwicklung bzw. Risikoeinschätzung (Marktfolge und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird dem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt sowie Marktfolge- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Abteilungen Treasury und Immobilienfinanzierung Vertrieb sind für den Abschluss von Geld- und Kapitalmarktgeschäften bzw. von Immobilienkreditgeschäften zuständig. Die Abwicklung und Kontrolle der abgeschlossenen Geschäfte wird durch die Abteilungen Treasury Operations & Deckungsmanagement sowie Immobilienfinanzierung Kreditrisiko durchgeführt, zwei von den Marktteilungen weisungsunabhängigen und organisatorisch getrennten Marktfolgeeinheiten.

Darüber hinaus erteilt Risikocontrolling bei komplexen Geschäften ein ergänzendes Votum hinsichtlich der Absicherung der eingegangenen Risiken.

Die Messung, Überwachung und Berichterstattung der eingegangenen Risiken wird auf Gesamtbankebene durch das Risikocontrolling durchgeführt. Auch die laufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Messinstrumente erfolgen durch die Abteilung Risikocontrolling.

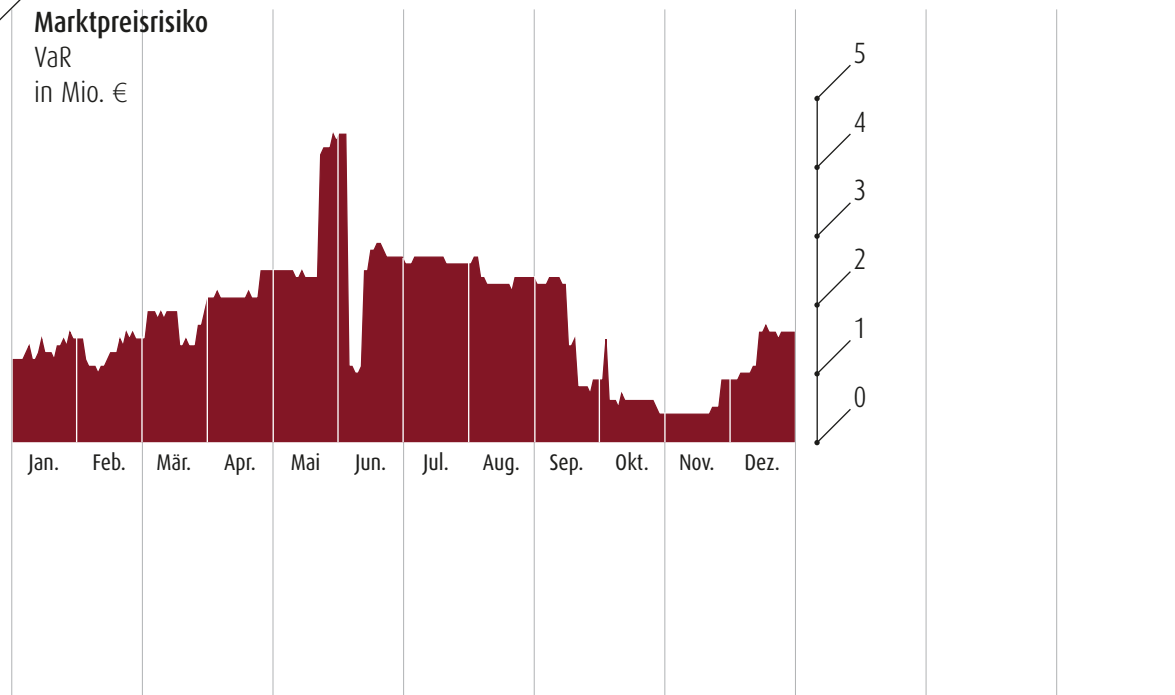
Messmethoden

Zur Messung und zur Steuerung des Marktpreisrisikos berechnet die Bank im barwertigen Going-Concern-Ansatz täglich den aus sämtlichen bilanziellen und außerbilanziellen zinstragenden Geschäften resultierenden Value at Risk (VaR) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Im barwertigen Steuerungskreis gibt der VaR das maximale Verlustpotenzial des Barwertes eines Portfolios an, das auf Grundlage einer Beobachtungsperiode von 250 Börsentagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0% (Sicherheits-/Konfidenzniveau) innerhalb einer Haltedauer von zehn bis zwanzig Tagen (je nach Risikoart) nicht überschritten wird.

Täglich wird die Güte der VaR-Prognose des Vortages mit der tatsächlich eingetretenen Marktwertveränderung verglichen (clean & dirty Backtesting). Bei signifikanter Verletzung der Modellparameter werden diese in einem Modellüberprüfungsprozess angepasst.

Marktpreisrisiko

VaR
in Mio. €



Im bilanzorientierten Steuerungskreis ermittelt die Bank ihr Zinsänderungsrisiko auf Basis einer Szenarioanalyse. Im Rahmen der Ermittlung der zukünftigen Zinserträge werden die Auswirkungen eines Zinsschocks, welcher mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0% innerhalb einer Haltedauer von 250 Tagen nicht überschritten wird, simuliert.

Im (komplementären) Liquidationsansatz variieren die Parameter zur Risikobestimmung und werden aufgrund der Zielrichtung dieses Steuerungskreises verschärft. Die Bank kommt damit den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach, sich mit weiteren Verfahren zur Bestimmung von Risikotragfähigkeiten zu beschäftigen, um den Grenzen eines jeden Verfahrens angemessen zu begegnen.

Die so ermittelten Marktpreisrisiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen (täglich) und hypothetische bzw. historische Stressszenarien (vierteljährlich) simuliert. Letztere beziffern die Auswirkungen extremer Marktpreisbewegungen auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank. Bei der Skalierung der Stresstests folgt die Bank u.a. den Anforderungen der Aufsichtsbehörden. So simuliert die Bank auch den BaFin-Stresstest zu „Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch“. Täglich werden hier die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +200 bp/-200 bp auf den Barwert der Bank ermittelt.

Im Einklang mit den MaRisk wird – als Ergänzung der hypothetischen und historischen Stresstests – ein inverser Stresstest für Marktpreisrisiken gerechnet, der potenziell eintretende limitaustastende Barwertverluste aufgrund von Veränderungen der Zinsstrukturkurve simuliert.

Entwicklung des Marktpreisrisikos

Im bilanzorientierten Steuerungskreis lag der ermittelte Risikowert jederzeit auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Limitauslastungen bewegten sich in einem sehr geringen Bereich. Somit konnte das zugeordnete Risikolimit jederzeit eingehalten werden.

Das barwertige Marktpreisrisiko bewegte sich im Berichtszeitraum grundsätzlich ebenfalls auf einem sehr niedrigen Niveau, allerdings mit im Jahresverlauf leicht schwankenden Risikowerten. Dennoch konnten – analog zum Kreditrisiko – die reduzierten Limite aufgrund der Belastungen des barwertigen Risikodeckungspotenzials aus der Vergangenheit grundsätzlich nicht eingehalten werden. Zum Berichtsstichtag erreichte der VaR hier 1,6 Mio. € (1,3 Mio. €), im Berichtszeitraum lag er durchschnittlich bei 1,8 Mio. € (3,0 Mio. €). Der höchste im Geschäftsjahr 2015 gemessene VaR-Tageswert betrug 4,5 Mio. € (4,3 Mio. €). [G17]

An acht Tagen (clean-Backtesting) überstieg die tatsächliche Wertveränderung der zinstragenden Positionen den prognostizierten Zins-VaR. Auf dem gewählten Sicherheitsniveau von 99% liegt dies nicht innerhalb der statistischen Toleranz (Status Gelb gemäß Baseler Ampel), sodass der VaR durch das Backtesting-Modell automatisch erhöht wurde. Das

Modell zur Ermittlung des Zins-VaR wurde entsprechend überprüft und die Risikoparameter zur VaR-Messung erweitert.

Die Simulation des BaFin-Zinsschocks für das Anlagebuch ergab auch in diesem Berichtsjahr keine „Ausreißer“. Die 20%-Grenze vom haftenden Eigenkapital wurde im Stressszenario +/- 200 bp auf die Zinsstrukturkurve zu keinem Zeitpunkt überschritten; tatsächlich lag die Auslastung im Jahresdurchschnitt bei 11,8% (43,7%) dieses Grenzwerts.

Liquiditätsrisiko

Strategie

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko der Bank, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt erfüllen zu können. Das vorrangige Ziel der Liquiditätsrisikostategie ist die Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Darüber hinaus hat die Bank dafür Sorge zu tragen, dass die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß CRR jederzeit eingehalten wird. Ein weiteres, nachgeordnetes Ziel ist die Minimierung der Kosten der Liquiditätsbeschaffung.

Organisation

Zentrale Anforderung an die Organisation des Liquiditätsmanagements ist die Einhaltung der Trennung von Liquiditätssteuerung und Liquiditätsüberwachung. Die Bank wird dieser Anforderung durch eine konsequente organisatorische Trennung gerecht. Für die Steuerung der Liquidität der Bank ist die Abteilung Treasury zuständig. Ebenfalls Aufgabe der Abteilung Treasury ist die regelmäßige Überprüfung der relevanten Refinanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit unter Berücksichtigung der entsprechenden Refinanzierungskosten. Für die Liquiditätsüberwachung einschließlich der Erstellung und Plausibilisierung der zur Steuerungsfunktion benötigten Unterlagen ist die Abteilung Treasury Operations & Deckungsmanagement verantwortlich. Zu ihren Aufgaben zählt u.a. die tägliche Soll-Ist-Analyse des Liquiditätsstatus sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung über die Liquiditätsposition der Gesamtbank.

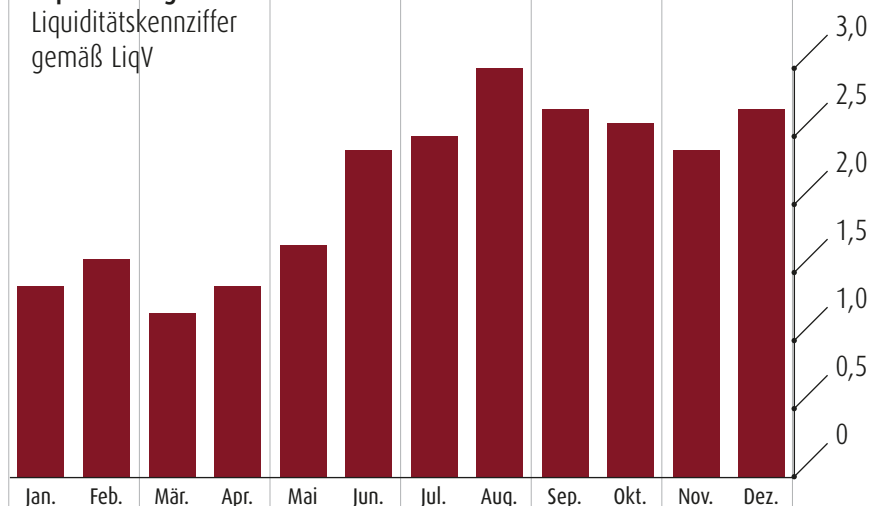
Messmethoden

Die Bank verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium zur Analyse und Steuerung der Liquidität der Bank (Liquiditätsstrukturanalyse). Es stellt die frühzeitige Erkennung von möglichen Liquiditätsengpässen sicher, damit rechtzeitig geeignete und zielgerichtete Maßnahmen zur Liquiditätssicherung getroffen werden können.

Täglich wird eine kurzfristige Liquiditätsvorausschau erstellt, welche den aktuellen Liquiditätsstatus und die Liquiditätsplanung der Abteilung Treasury mit einem Zeithorizont von mindestens sechs Monaten enthält. Ergänzend wird zu jedem Monatsultimo eine langfristige Liquiditätsvorausschau über einen Zeitraum von mindestens drei vollen Kalenderjahren erstellt.

Liquiditätslage

Liquiditätskennziffer
gemäß LiqV



Die Bank steuert die Liquidität daneben auf Basis der LiqV. Danach gilt die Liquidität als gesichert, wenn im ersten Laufzeitband (täglich bis zu einem Monat) zur Verfügung stehende gewichtete Zahlungsmittel die während dieses Zahlungszeitraums abrufbaren gewichteten Zahlungsverpflichtungen abdecken. Auch die Einhaltung der LCR-Kennziffer ist ein wichtiger Bestandteil der Liquiditätssteuerung. Diese besteht im Vorhalten eines Bestands an hochwertigen, unbelasteten liquiden Aktiva, welche die Nettozahlungsmittelabflüsse der nächsten 30 Kalendertage in einem vorgegebenen Stressszenario abdeckt.

Ein Standard zur modellgestützten Quantifizierung des Liquiditätsrisikos hat sich in der Bankenpraxis bisher noch nicht etabliert. Im Einklang mit den MaRisk wird daher das Liquiditätsrisiko im Risikotragfähigkeitskonzept der Bank bis auf Weiteres nicht berücksichtigt.

Stresstests

Auf die Belange der Bank zugeschnittene, unterschiedlichen Prämissen unterliegende Stresstests werden aufbauend auf der kurzfristigen und langfristigen Liquiditätsvorschau durchgeführt. Diese beschreiben die Auswirkungen extremer Marktumstände auf die Liquiditätslage der Bank.

Entwicklung der Liquidität

Die gemeldete Liquiditätskennziffer gemäß LiqV lag im Berichtszeitraum zwischen 1,2 und 3,0 und somit jederzeit über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0. **[G18]**

Die seit Oktober 2015 verpflichtende Einhaltung der LCR von 0,6 wurde im Berichtszeitraum jederzeit erfüllt. Im Berichtszeitraum verfügte die Bank jederzeit über eine angemessene Liquiditätsausstattung.

Operationelles Risiko

Strategie

Das operationelle Risiko wird als Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es schließt Rechtsrisiken und Risiken aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen ein, beinhaltet jedoch nicht strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Die Bank verfolgt das Ziel, Verluste aus operationellen Risiken zu vermeiden bzw. zu vermindern. Damit verbunden sind Bestrebungen, den Risikomanagementprozess kontinuierlich zu verbessern und entsprechend den sich ändernden Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Organisation

Durch die Bestimmung risikobehafteter Prozesse und die Aufarbeitung eingetretener Schadensfälle zum Zwecke der Identifizierung operationeller Risiken soll die Qualität der Geschäftsprozesse optimiert und das Auftreten operationeller Risiken verhindert bzw. auftretende Schäden vermindert werden. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden Risikoverantwortliche für jede Abteilung benannt, die für die Erfassung der operationellen Risiken und die Überwachung der Maßnahmenumsetzung verantwortlich sind. Zudem werden die Mitarbeiter durch den OpRisk-Manager für das Erkennen von und den Umgang mit operationellen Risiken sensibilisiert.

Messmethoden

Die wichtigsten Instrumente zur Begrenzung operationeller Risiken sind die Eigenbeurteilungen der Abteilungen (Self Assessment), die Schadensdatenbank, die Beurteilung von Stressszenarien und die Vorabprüfung bei Neuauslagerungen sowie deren jährliche Überwachung oder Wiedereingliederungen von ausgelagerten Tätigkeiten.

Im Rahmen der Eigenbeurteilungen, als ein ex ante-Instrumentarium, werden mittels eines strukturierten Fragebogens mit den Abteilungsleitern der Bank potenzielle operationelle Risiken für die aufsichtsrechtlichen Risikokategorien (interne Verfahren, Menschen, Systeme, externe Ereignisse) identifiziert. Anhand der Ergebnisse werden Schwachstellen und risikobehaftete Bereiche herausgefiltert, entsprechende Maßnahmen beschlossen und deren Umsetzung überwacht, um dem Auftreten operationeller Risiken vorzubeugen oder bei Eintritt eines Schadensfalls den Verlust zu minimieren.

Sämtliche identifizierte Schadensfälle, die über eine Bagatellgrenze hinausgehen, werden in einer Schadensdatenbank, als ein ex post-Instrumentarium, detailliert erfasst und ausgewertet. Damit wird die Grundlage zur Identifizierung und Analyse von Ursachen gegeben, aus denen anschließend angemessene Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Außerdem wird die historische Datensammlung zur Darstellung von bisher durchgeführten Maßnahmen und deren Wirksamkeit genutzt.

Für Risiken aus Auslagerungen von Aktivitäten und Prozessen als besondere Form operationeller Risiken hat die Bank einen separaten Prozess eingerichtet. Zur Messung des operationellen Risikos verwendet die Bank ein Modell, welches einen Risikowert auf Basis der Daten aus der Schadensdatenbank ermittelt.

Die operationellen Risiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Stresstests

Auf Basis historisch beobachtbarer oder hypothetischer Stresssituationen werden im Rahmen einer Expertenrunde die gültigen Stressszenarien der Bank überprüft und abhängig vom aktuellen Geschäftsumfeld angepasst. Das Ziel ist es, aus Sicht der Bank geeignete extreme aber dennoch mögliche Szenarien unter Berücksichtigung der Risikokategorien „Interne Verfahren“, „Menschen“, „Systeme“ und „Externe Ereignisse“ zu ermitteln. Mittels einer Schätzung der Schadenshöhe zu den einzelnen Szenarien werden die erwarteten Auswirkungen quantifiziert und entsprechende Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung oder Vermeidung von Schadensfällen erarbeitet. Die Durchführung des Stresstests erfolgt jährlich. Zusätzlich wurden plausible mögliche Schadensfälle als inverse Stressszenarien definiert, welche vierteljährlich simuliert werden.

Entwicklung des Operationellen Risikos

Die Schäden aus operationellen Risiken lagen im Berichtsjahr 2015 bei 0,1 Mio. € (brutto). Zum Vergleich dazu lag der angesetzte Risikowert in der internen Risikotragfähigkeitsberechnung bei 2,0 Mio. €.

Ertragsrisiko

Strategie

Unter dem Ertragsrisiko (auch Geschäftsrisiko) wird allgemein die Gefahr verstanden, dass durch einen nicht adäquaten Umgang mit bestehenden und künftigen finanziellen und nicht finanziellen Risiken, falsche Geschäftsentscheidungen oder aufgrund von Unzulänglichkeiten in der Aktiv-/Passivsteuerung ein nicht ausreichendes und nicht andauerndes Niveau an Profitabilität erzielt wird. Das Ertragsrisiko bündelt also alle Risiken, die sich negativ auf den Gewinn/Erfolg der Bank auswirken, falls diese eintreten. Somit stellt jede Risikoart zugleich auch ein Ertragsrisiko dar, wenn sie sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Instituts niederschlägt. Solche Risikoarten können finanziell (Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko) oder nicht finanziell (operationelles Risiko, sonstige Risiken) sein.

Die Gefahr, die aus dem Ertragsrisiko resultiert, ist somit vor dem Hintergrund der einzelnen Geschäfte, Portfolien und des gesamten Bankgefüges zu sehen und entspringt zum einen aus bereits getroffenen Entscheidungen, zum anderen wirken künftige Entscheidungen risikomindernd oder -erhöhend.

Organisation

Zur Risikoidentifikation für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unterscheidet die Bank zwischen überwiegend selbst beeinflussbaren und exogen vorgegebenen Parametern. Wesentliche von der Bank direkt beeinflussbare Parameter sind Neugeschäft, Altbestände und Zinspositionen. Als wesentlicher exogen vorgegebener Parameter, der einen maßgeblichen Einfluss auf die Ertragslage der Bank haben kann, wird die allgemeine Marktlage (Zinslandschaft, Credit Spreads, Konjunkturentwicklung) gesehen. Die beeinflussbaren Größen bestimmen somit indirekt die Auswirkungen der Veränderung der exogenen Parameter auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Die Bewertung der Ertragsrisiken, die von der Bank direkt beeinflussbar sind, liegt im Ermessensrahmen des Gesamtvorstandes, dessen Entscheidungsspielraum an Ziele aus der Geschäfts- und Risikostrategie und aktuell vorhandene Ressourcen (z.B. Eigenkapital, Mitarbeiter) geknüpft sind. Die Bewertung der Ertragsrisiken, die aus nicht beeinflussbaren exogenen Parametern resultieren, muss auf Ebene der jeweiligen Einzelrisiken erfolgen.

Messmethoden

Die aktuelle Ertragssituation wird insbesondere in der Ermittlung des handelsrechtlichen Monatsabschlusses (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz) dargestellt. Die zukünftige Ertragssituation basiert auf der jährlich bzw. bei Bedarf zu aktualisierenden mittelfristigen Finanz- und Kapitalplanung bzw. entsprechenden Hochrechnungen. Abweichungen zwischen aktueller Planung und tatsächlichem handelsrechtlichen Ergebnis aus der Gewinn- und Verlustrechnung werden monatlich durch Gegenüberstellung der geplanten und der Ist-Ertragssituation sichtbar gemacht. Des Weiteren erläutert ein Vergleich der Zinsertragsprognose zum Vormonat alle relevanten zinsinduzierten Abweichungen. Quartalsweise sollen zudem durch einen Plan/Ist-Vergleich der wichtigsten Parameter – wie Neugeschäft, Bestände, Eigenkapital und Ergebnisrechnung – frühzeitig adverse Entwicklungen erkennbar gemacht werden.

Stresstests

Adverse Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die mittelfristige Finanz- und Kapitalplanung, welche die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank aus aktueller Sicht darlegt, sollen anhand von geeigneten Szenarioberechnungen verdeutlicht werden und somit immanente Ertragsrisiken aufzeigen. Die Bank definiert drei solcher Szenarien, in denen die wichtigsten Parameter von den in der Basisversion erwarteten Werten abweichen. Die Veränderungen der Planungsparameter werden unter der Ceteris Paribus-Bedingung durchgeführt, d.h. die Auswirkungen der Parameteränderungen werden jeweils Einzelne unter sonst gleichen Umständen überprüft. Dadurch können falsche Steuerungsansätze hinsichtlich des Ertragsrisikos vorab erkannt und somit vermieden werden.

Entwicklung

Bezogen auf die prognostizierte Ergebnisentwicklung für das Gesamtjahr 2015 liegt die Bank unter Berücksichtigung der ursprünglich nicht vorgesehenen Risikoabbau- und der Stützungsmaßnahmen des ESF mit einem Jahresergebnis von -40,7 Mio. € im Rahmen des prognostizierten Verlustes, der in der Größenordnung eines zweistelligen Millionenbetrags angegeben wurde.

Compliance

Die Basis der Geschäftstätigkeit der Bank ist das Vertrauen ihrer Kunden, Geschäftspartner und der Öffentlichkeit in die Integrität der Bank, welche insbesondere auf der Einhaltung der jeweils einschlägigen gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und internen Vorschriften beruht.

Im Mittelpunkt stehen die Prävention und Bekämpfung von Insiderhandel und Marktmissbrauch, Interessenkonflikten sowie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, aber auch der Datenschutz. Darüber hinaus ist eine Compliance-Funktion gemäß MaRisk in die Abläufe des bankweiten Risikomanagementprozesses integriert.

Das Ziel von Compliance – als ein Bestandteil des internen Kontrollsystems – ist es, Compliance-Risiken frühzeitig zu identifizieren, einzuschätzen, zu überwachen und so weit wie möglich vorzubeugen. Zu diesem Zweck ist eine dauerhafte und wirksame Compliance-Organisation eingerichtet, die ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen kann. Unterstützt wird dies durch ein vierteljährlich tagendes Compliance-Komitee.

Die Bank entwickelt ihre Compliance-Risikosteuerung ständig weiter und passt sie an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen an, um der stetig wachsenden Komplexität der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden.

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein wesentliches Element des internen Überwachungssystems. Die Verantwortung für die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Internen Revision liegt beim Gesamtvorstand. Diese Verantwortung kann nicht delegiert werden.

Die Interne Revision ist aufbauorganisatorisch dem Marktfolgevorstand unterstellt. Sie erbringt in seinem Auftrag unabhängige und objektive Prüfungs- sowie bei wesentlichen Projekten der Bank auch Beratungsdienstleistungen. Die Interne Revision ist organisatorisch selbstständig. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzt die Interne Revision jederzeit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse des Instituts.

Die Interne Revision erstellt zeitnah nach Abschluss ihrer Prüfungshandlungen jeweils einen schriftlichen Revisionsbericht einschließlich der Darstellung des Prüfungsgegen-

stands und der Prüfungsfeststellungen, ferner eine Bewertung der Prüfungsfeststellungen sowie einen Maßnahmenkatalog, dessen Umsetzung überwacht wird.

Anhand ihres langfristigen Prüfungsplans überwacht und beurteilt die Interne Revision alle Betriebs- und Geschäftsabläufe der Bank, darunter

- die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der internen Kontrollsysteme, des Berichtswesens, der Informationssysteme und des Rechnungswesens,
- die Einhaltung der geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Regelungen,
- die Einhaltung der betrieblichen Vorgaben (Geschäftsordnungen, Organisationsanweisungen) sowie
- die Ordnungsmäßigkeit aller Betriebs- und Geschäftsabläufe sowie Vorkehrungen zum Schutz von Vermögensgegenständen.

Die Geschäftsleitung wird über wesentliche Feststellungen informiert. Einmal jährlich erstattet die Interne Revision einen umfassenden Bericht über alle wesentlichen Feststellungen sowie den aktuellen Stand der Maßnahmenumsetzung. Schwerwiegende Feststellungen wurden nicht getroffen. Seit dem Ablauf des 1. Quartals 2014 berichtet die Interne Revision gemäß § 25c Abs. 4a Nr. 3g Kreditwesengesetz (KWG) in angemessenen Abständen, mindestens aber vierteljährlich, an den Gesamtvorstand und Aufsichtsrat.

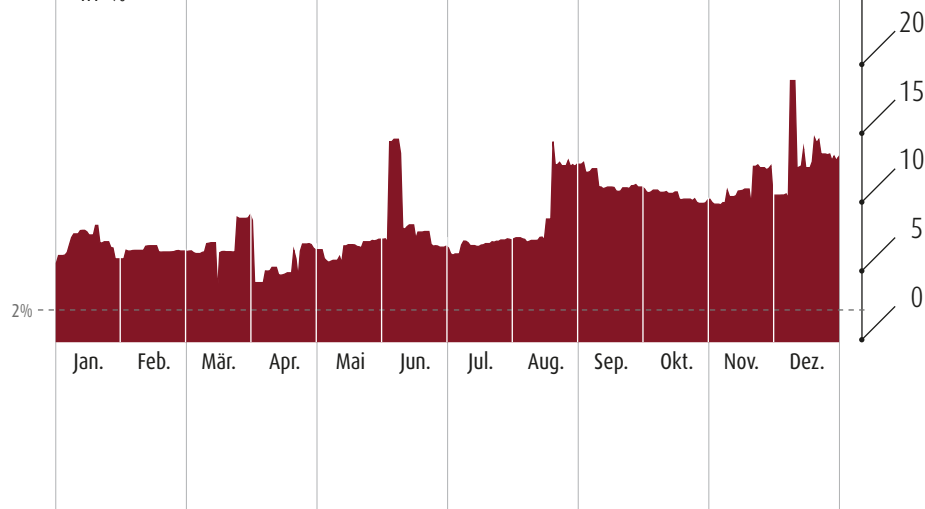
Die Interne Revision war im Geschäftsjahr 2015 in sämtliche wesentliche Projekte eingebunden.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Strategie

Mit dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess verfolgt die Bank rechnungslegungsbezogene und sonstige Kontrollziele. Den rechnungslegungsbezogenen Kontrollzielen ordnet die Bank die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung zu. Hier stehen die Vollständigkeit und die Richtigkeit der Dokumentation, die zeitnahe Erfassung, die Bestandsabstimmung zwischen den eingesetzten IT-Systemen und die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften im Vordergrund. Sonstige Kontrollziele sind die Sicherung der Umsetzung von Managemententscheidungen unter den Aspekten Genehmigung und Einhaltung der Geschäftsstrategie, Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sowie Einhaltung der für die Rechnungslegung maßgeblichen Gesetze und regulatorischen Anforderungen.

Barwertige Überdeckung Öffentlicher Pfandbriefe nach Stressszenario in %



Organisation

Der Abteilung Rechnungswesen gehören als geschäftsfeldunabhängigem Stabsbereich die Finanzbuchhaltung und Finanzplanung/-controlling, die Darlehens- und Anlagebuchhaltung sowie das Meldewesen an.

Zur Erfüllung der vorgenannten Strategie sind integrierte Geschäftsprozesskontrollen installiert, die nach Fehler verhindernden und Fehler aufdeckenden Maßnahmen getrennt sind. Fehler verhindernde Maßnahmen sind insbesondere die Einhaltung der Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Dienstanweisungen und Plausibilitätsüberprüfungen. Fehler aufdeckende Maßnahmen sind insbesondere Vollständigkeits- und Richtigkeitskontrollen im Vier-Augen-Prinzip. Bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen wird regelmäßig die Unterstützung durch externe Experten in Anspruch genommen. Im Rahmen von Neu-Produkt-Prozessen ist stets vor der Produkteinführung zu belegen, dass die regelkonforme und ordnungsgemäße Abbildung des Neuprodukts im Rechnungswesen sichergestellt ist.

Prozessunabhängige Kontrollen im Hinblick auf die Rechnungslegung führt regelmäßig die Interne Revision durch. Die Rechnungslegung der Bank wird ferner durch den Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung kontrolliert. Im Zuge der Bonitätsbeurteilung der Bank durch die Gesellschaft für Bankbeurteilung erfolgt ebenfalls eine Überprüfung der Rechnungslegung. Insgesamt hat die Bank für den Rechnungslegungsprozess ein Risikomanagementsystem implementiert, das Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von wesentlichen Risiken sowie entsprechende Risiko begrenzende Maßnahmen enthält, um die

Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sicherzustellen. Das Risikomanagementsystem der Bank wird regelmäßig von der Internen Revision geprüft.

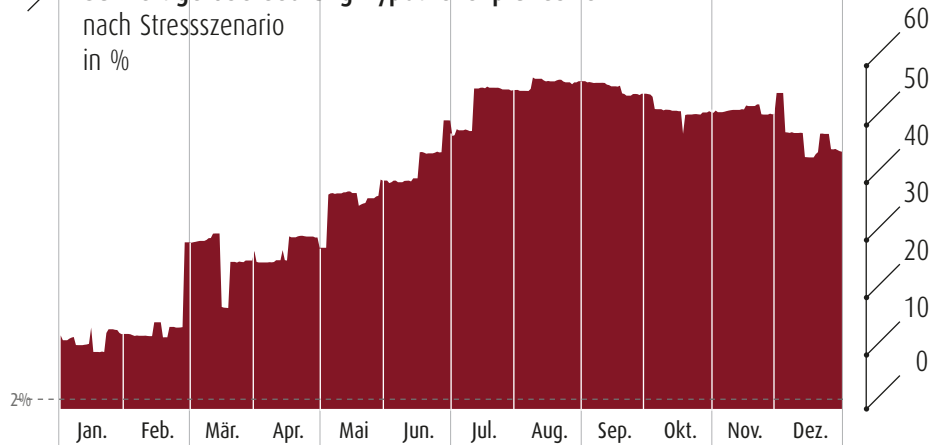
Risikomanagement Deckungsstock

§ 27 Abs. 1 PfandBG verlangt für das Pfandbriefgeschäft die Implementierung eines Risikomanagementsystems, das geeignete Instrumente und Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken im Pfandbriefgeschäft enthält. Die Bank hat ein solches Risikomanagementsystem im Einklang mit § 27 PfandBG installiert. Den Berichts- und Transparenzpflichten gemäß § 28 PfandBG wird durch die Offenlegung wesentlicher Angaben zum Hypotheken- und öffentlichen Deckungsstock vierteljährlich auf der Internetpräsenz der Bank sowie jährlich im Anhang des Jahresabschlusses nachgekommen.

Gemäß PfandBG ist jederzeit eine barwertige Überdeckung der Deckungsstöcke von mindestens 2,0% vorzuhalten. Die Bank berechnet die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf täglicher Basis. Bei der Berechnung der sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG ist vom Barwert des Deckungsstocks unter Zugrundelegung der vorgeschriebenen Stresstests auszugehen. Auf diese Weise ist die geforderte Überdeckung auch im Falle von außergewöhnlichen Zins- und Währungsschwankungen gewährleistet (§ 4 Pfandbrief-Barwertverordnung). Zur Stressberechnung verwendet die Bank das dynamische Verfahren. Die jederzeitige barwertige Überdeckung nach Stressszenarioberechnungen (bzw. risikobarwertige Überdeckung) betrug im Jahresdurchschnitt bei den Öffentlichen Pfandbriefen der Bank 7,7% (6,8%) und bei den Hypothekenpfandbriefen 36,8% (20,2%). Damit wird die gesetzlich geforderte Überdeckung sowohl für die

Barwertige Überdeckung Hypothekendarlehen

nach Stressszenario
in %



Öffentlichen Pfandbriefe der Bank als auch für die Hypothekendarlehen deutlich übertrafen. Die Entwicklung der barwertigen Überdeckung der Pfandbriefe sowie die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung der Deckungsstöcke werden monatlich im Aktiv-Passiv-Ausschuss berichtet.

[G19] [G20]

Um einem möglichen Vertrauensverlust des Kapitalmarktes in den Öffentlichen Pfandbrief im Zuge der andauernden Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken, findet seit dem 31. Dezember 2012 das durch den vdp in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsinstituten konzipierte vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell Anwendung, das die Anrechnung von Forderungen gegen Staaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und deren unterstaatliche Stellen mit einem Non-Investmentgrade-Rating in der Deckungsrechnung durch ratingabhängige Abschläge begrenzt. Die Auswirkungen dieses Modells werden auf den jeweiligen Instituts-Internetseiten im Rahmen der Veröffentlichungen gemäß § 28 PfandBG als ergänzende Darstellung zu den bestehenden Deckungsrechnungen veröffentlicht.

Nach § 4 Abs. 1a PfandBG hat die Bank den maximalen Liquiditätsbedarf der nächsten 180 Tage durch Werte, die als sichernde Überdeckung verwendet werden können, und andere liquide Deckungswerte zu sichern. Die Bank hat auch diese Vorschrift zur Begrenzung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs („180-Tage-Liquidität“) jederzeit eingehalten.

Risikolage der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank

Die Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank hat im Berichtsjahr ihr Risikomanagement- und Controllingssystem umfassend weiterentwickelt. Unter anderem hat die Bank sowohl die Modelllandschaft zur Risikoermittlung erweitert als auch die Messung der Risikodeckungspotenziale optimiert.

Maßnahmen, die aufgrund von neuen bzw. erweiterten gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erforderlich sind, insbesondere im Zusammenhang mit der CRR und CRD IV, wurden im Rahmen umfangreicher Projekte und damit verbundener IT-Erweiterungen termingerecht umgesetzt. Die Bank wird durch fortwährendes Monitoring sämtliche rechtliche Anforderungen rechtzeitig erkennen und realisieren können.

Die berechneten barwertigen Risikotragfähigkeiten sind vor allem durch den Altbestand belastet. Dies wird sich durch den aktiven Rückbau der Bestände im Kapitalmarktportfolio bei Umsetzung der geplanten Stützungsmaßnahmen stetig mindern. Unabhängig davon wird die positive Fortführungsprognose nicht beeinträchtigt. Auch künftig werden die Risikomessverfahren und Risikosteuerungsprozesse kontinuierlich verbessert werden.

Risiken, die im Geschäftsjahr 2015 zur Gesamtschätzung der Risikolage der Bank von Bedeutung waren, wurden in den vorangegangenen Berichtsteilen dargestellt. Für diese erkennbaren Risiken hat die Bank unter Berücksichtigung der vom ESF gewährten Höchstbetragsgarantie eine angemessene Vorsorge getroffen. Weitere wesentliche Risiken waren im Berichtsjahr nicht erkennbar.

Nachtragsbericht

Die Bank begleitet eng die Entwicklung der Heta-Wertpapiere, für die der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (KAF) den Gläubigern der Heta Asset Resolution am 21. Januar 2016 ein Rückkaufangebot vorgelegt hat. Nachdem dieses Angebot mit Ablauf der Annahmefrist am 11. März 2016 nicht von der notwendigen Zweidrittelmehrheit der Gläubiger angenommen wurde, hat die FMA am 10. April 2016 u.a. einen Schuldenschnitt von 100% für alle nachrangigen und von 53,98% auf 46,02% für alle berücksichtigungsfähigen vorrangigen Verbindlichkeiten verkündet. Diesen Schuldenschnitt werden die Gläubiger allerdings nicht akzeptieren. Weiterhin ist daher unklar, ob es doch noch zu einem außergerichtlichen Vergleich zwischen Kärnten/Österreich und den Heta-Gläubigern kommt oder der Fall auf langjährige Rechtsstreitigkeiten hinausläuft. Unabhängig von Rückkaufangeboten und anderweitigen Verhandlungen bzgl. Heta sind die Kapitalforderungen der Düsseldorf Hypothekenbank aus den noch im Bestand befindlichen Wertpapieren der Heta über eine Absicherungsvereinbarung des ESF vollständig abgedeckt, sodass etwaige Verluste hieraus keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Bank haben werden.

Als weitere Maßnahme zur Unterstützung der Düsseldorf Hypothekenbank beim bedeutenden Rückbau des Kapitalmarktbestandes haben die Eigentümer der Bank im Mai 2016 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 90 Mio. € durchgeführt. Zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen sollen zwischen der Bank und dem ESF im Laufe des Geschäftsjahres 2016 abgeschlossen werden.

Parallel befindet sich die Geschäftsleitung der Bank derzeit in der finalen Verhandlungsphase mit dem Betriebsrat über einen Interessenausgleich sowie einen Sozialplan im Hinblick auf die rückbaubedingt künftig anstehenden und die Mitarbeiter betreffenden betrieblichen Veränderungen.

Am 25. Februar 2016 hat der Aufsichtsrat der Düsseldorf Hypothekenbank beschlossen, mit Wirkung zum 1. April 2016 Dr. Klaus Vajc als zusätzliches Mitglied in den Vorstand der Bank zu bestellen. Dr. Vajc soll zum 1. Juli 2016 zum Sprecher des Vorstandes ernannt werden und damit Dr. Christian von Villiez nachfolgen, der zum 30. Juni 2016 aus dem Vorstand der Bank ausscheidet. Dr. Marcus Tusch bleibt dem Vorstand der Düsseldorf Hypothekenbank weiterhin erhalten.

Außerdem hat der Vorstand der Bank am 24. März 2016 beschlossen, sich künftig nicht mehr aktiv an dem Rating-Prozess für ihr von Fitch Ratings vergebenes Issuer-Default-Rating (IDR) zu beteiligen. Daraufhin hat die Ratingagentur Fitch das Rating am 12. April 2016 zurückgezogen und zeitgleich als Exit-Rating das IDR der Bank mit BBB- sowie das Viability Rating von f bestätigt. Über ein weiteres externes Rating verfügt die Düsseldorf Hypothekenbank nicht. Unter der aktuellen Eigentümerin sowie vor dem Hintergrund der strategischen Neuausrichtung sieht sie den Nutzen eines externen Ratings als sehr begrenzt und die Refinanzierungsmöglichkeiten auch ohne ein solches als ausreichend gegeben an. Somit können mit der Beendigung des Ratingverhältnisses Kosten eingespart werden.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind darüber hinaus keine weiteren Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die Bank künftig einen wesentlichen Einfluss auf ihre Vermögens-, Finanz und Ertragslage erwartet.

Prognosebericht

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Düsseldorfer Hypothekbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Diese Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten.

Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bank einwirken und zu großen Teilen außerhalb des eigenen Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der europäischen und weltweiten Finanzmärkte, regulierungsbedingte Veränderungen der Rahmenbedingungen der Marktteilnehmer und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungen können daher erheblich von den in diesem Geschäftsbericht getroffenen Annahmen abweichen, welche deshalb nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit haben. Die Bank übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Die Düsseldorfer Hypothekbank fokussiert sich seit Herbst 2015 und dem Strategiewechsel unter den neuen Eigentümern auf den geordneten Rückbau des Kapitalmarktgeschäftes. Neugeschäft wird die Bank im Kapitalmarkt-bereich voraussichtlich nicht mehr tätigen.

Durch den von 2016 an nochmals forcierten Rückbau des Kapitalmarktportfolios sollen letztlich die Bilanzsumme signifikant reduziert und Risiken abgebaut werden. Voraussetzung für den weiteren aktiven und deutlichen Abbau des Kapitalmarktbestandes ist die Vereinbarung entsprechender Unterstützungsleistungen durch den ESF. Erfolg und Geschwindigkeit des Abbaus, sowie Entscheidungen, in welcher Folge bzw. in welchem Zeitrahmen ausgewählte Wertpapierportfolios sinnvoll und wertschonend verkauft sowie Passiva zurückgenommen werden (können), hängen zudem stark von den Entwicklungen am Kapitalmarkt ab.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung wird die Bank das Bestandsgeschäft unter ökonomischen Prinzipien fortführen. Neugeschäft wird die Bank nur noch sehr selektiv im Konsortium mit ausgewählten Großbanken tätigen; eine aktive Akquise am Markt findet nicht mehr statt. Dementsprechend wurden auch die Vertriebs- und Marketingaktivitäten zwischenzeitlich auf ein Minimum reduziert.

Die weitere Geschäfts- und Ertragsentwicklung wird folglich von den genannten Rahmenbedingungen und der strategischen Prämisse des geordneten Rückbaus geprägt sein. Maßgeblicher Treiber für den Fortschritt beim Abbau von Aktiva ist neben den Kapitalmarktentwicklungen die jeweils davon abhängige aktuelle Marktgängigkeit einzelner Positionen. Im Hinblick auf die Ertragsentwicklung wird für das begonnene Geschäftsjahr aufgrund der weiterhin negativen Auswirkungen des Altbestandes und der ausbleibenden positiven Effekte aus Neugeschäft sowie wegen des Abbaus der Kapitalmarktbestände, wie in den Vorjahren, mit einem Verlust im zweistelligen Millionenbereich gerechnet. Dabei wird der Ausgleich von negativen GuV-Effekten aus dem Rückbau durch den ESF dem Gesamtergebnis zugute kommen.

Aufgrund des angestrebten Portfoliorückbaus wird sich im Vergleich zum Vorjahr auch das Refinanzierungsvolumen der Bank reduzieren. Der Bedarf an langfristigen Refinanzierungsmitteln wird tendenziell abnehmen und der Bestand an eigenen, emittierten Pfandbriefen und Schuldscheindarlehen entsprechend, soweit möglich, weiter aktiv abgebaut. Aufgrund der erfolgten Absicherungsmaßnahmen des ESF und der Aktionärsstruktur ist derzeit für das Geschäftsjahr 2016 bei ansonsten gleichbleibenden Bedingungen unverändert keine konkrete Gefährdung der Eigenkapital- oder der Liquiditätsausstattung erkennbar.

Vor dem Hintergrund des Rückbaus einzelner Geschäftssegmente ist es ein wesentliches Ziel der Bank, jederzeit den ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb, die Stabilität der Bank und in diesem Zusammenhang eine ausreichende personelle und technische Ausstattung aufrecht zu erhalten.

Jahresabschluss

			31.12.2015	31.12.2014
Barreserve			68.997	28.781
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	68.996			(28.778)
Forderungen an Kreditinstitute				
Kommunalkredite		384.135		983.192
andere Forderungen		1.282.545	1.666.680	1.516.598
darunter: täglich fällig	1.042.221			(1.247.442)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
Forderungen an Kunden				
Hypothekendarlehen		1.399.789		1.179.634
Kommunalkredite		510.399		643.833
andere Forderungen		13	1.910.201	8
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
von öffentlichen Emittenten	3.225.136			3.945.745
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.863.282)			(3.372.949)
von anderen Emittenten	1.531.112	4.756.248		2.937.757
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(1.431.488)			(2.657.614)
eigene Schuldverschreibungen		99.986	4.856.234	100.013
Nennbetrag	100.000			(100.000)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			43	43
Beteiligungen			0	8
darunter: an Kreditinstituten	0			(8)
Immaterielle Anlagewerte			536	839
darunter: entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	536			(839)
Sachanlagen			401	416
Sonstige Vermögensgegenstände			16.453	1.273
Rechnungsabgrenzungsposten				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		4.371		5.137
andere		3.425	7.796	2.961
Summe der Aktiva			8.527.341	11.346.238

Bilanz

Passiva
in T€

		31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		15.427	61.494
begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		82.491	82.493
andere Verbindlichkeiten		1.995.289	4.471.252
darunter: täglich fällig	89.380		(111.709)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0		(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		336.619	338.360
begebene Öffentliche Namenspfandbriefe		2.311.250	2.808.961
Spareinlagen		1	1
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	1		(1)
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	0		(0)
andere Verbindlichkeiten		3.040.051	2.695.980
darunter: täglich fällig	194		(669)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0		(0)
Verbriefte Verbindlichkeiten			
begebene Schuldverschreibungen			
Hypothekenpfandbriefe		240.284	260.321
Öffentliche Pfandbriefe		95.012	264.371
sonstige Schuldverschreibungen		10.185	10.185
Sonstige Verbindlichkeiten			
Rechnungsabgrenzungsposten			
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		411	698
andere		857	1.341
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen		0	0
andere Rückstellungen		58.966	3.369
Nachrangige Verbindlichkeiten			
Fonds für allgemeine Bankrisiken			
Eigenkapital			
gezeichnetes Kapital		401.000	361.000
Kapitalrücklage		362.412	362.412
Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen		48.893	48.893
Bilanzverlust		-624.645	-583.952
Summe der Passiva		8.527.341	11.346.238
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		40.025	361.801

			31.12.2015	31.12.2014
Zinserträge aus				
Kredit- und Geldmarktgeschäften	350.624			441.640
festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	205.889	556.513		222.628
Zinsaufwendungen		-576.391		-698.901
Negative/Positive Zinsen				
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	-854			
auf Einlagen und Derivate	2.125	1.271	-18.607	0
Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0		0
Beteiligungen		652	652	13
Provisionserträge		2.401		4.429
Provisionsaufwendungen		-1.418	983	-1.833
Sonstige betriebliche Erträge			953	788
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	-8.740			-6.521
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.166	-9.906		-938
darunter: für Altersversorgung	-183			(-157)
andere Verwaltungsaufwendungen		-21.465	-31.371	-18.512
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-442	-439
Sonstige betriebliche Aufwendungen			-379	-255
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				
darunter: Ertrag aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	30.000			(0)
Erträge aus Zuschreibungen				
zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			42.132	18.474
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-98.788	-42.048
Außerordentliches Ergebnis			57.962	0
Ergebnis vor Steuern			-40.826	-42.048
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5		4
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		128	133	-1
Jahresfehlbetrag			-40.693	-42.045
Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-583.952	-541.907
Bilanzverlust			-624.645	-583.952

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wird nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, des Pfandbriefgesetzes sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. In diesem Jahresabschluss werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014. Anders als im Vorjahr wird keine Segmentrechnung mehr erstellt, da die Düsseldorfer Hypothekenbank ihre Wertpapiere im Freiverkehr emittiert und somit nicht als kapitalmarktorientiert im Sinne von § 264d HGB anzusehen ist.

Forderungen sind mit dem Nennwert gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt; der Unterschied zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zusätzlich werden – den latenten Risiken im Kreditgeschäft Rechnung tragend – Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Schuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu dem fortlaufend ermittelten Durchschnittswert oder dem niedrigeren Tageskurs des Bilanzstichtags bewertet. Schuldverschreibungen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten bewertet einschließlich zeitanteiliger Auflösung des Unterschiedsbetrages zum Nennwert. Erworbene Zerobonds werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, die aus Zuschreibungen resultierenden Zinserträge werden erfolgswirksam erfasst. Die zeitanteilige Auflösung der Agien bzw. Disagien erfolgt im Zinsergebnis. Bei einer konkreten Ausfallgefährdung werden die wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapiere auf eine wahrscheinliche Erlösquote abgeschrieben. Im Berichtsjahr waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf die dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen erforderlich.

Die unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Genussscheine sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden Wertberichtigungen gebildet. Im Berichtsjahr waren keine außerplanmäßigen Wertkorrekturen erforderlich.

Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die Beteiligungen auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden außerplanmäßige Wertkorrekturen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nenn- und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Nullkupon-Anleihen werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bewertet.

Nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB werden Rückstellungen unter Berücksichtigung künftiger Kosten- und Preissteigerungen mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Dabei werden Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Die auf fremde Währung lautenden Bilanzpositionen wie auch die Kurssicherungsgeschäfte werden gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Werden für Geschäfte in Fremdwährung zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken gegenläufige Währungskurssicherungsgeschäfte abgeschlossen, so gelten diese Geschäfte als besonders gedeckt.

Derivative Finanzgeschäfte, die der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen dienen, unterliegen grundsätzlich keiner Einzelbewertung und werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Sicherungsbeziehungen, die für Risikomanagementzwecke bestehen, werden handelsrechtlich nicht als Bewertungseinheit angesehen, da das Wahlrecht gemäß § 254 HGB in Verbindung mit einer Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 35 Tz. 12 vom 10. Juni 2011) ausgeübt wird. Dementsprechend wird weder die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen ermittelt noch werden Drohverlustrückstellungen für gegebenenfalls ineffektive Teile der Sicherungsbeziehungen gebildet.

Fristengliederung nach Restlaufzeiten in Mio. €						Gesamt
	täglich fällig	≤ 3 Monate	> 3 Monate ≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	
Forderungen						
an Kreditinstitute	1.043	267	35	300	22	1.667
an Kunden	9	89	72	916	840	1.926*
Forderungen gesamt	1.052	356	107	1.216	862	3.593
Verbindlichkeiten						
gegenüber Kreditinstituten	89	787	416	801		2.093
gegenüber Kunden		788	1.623	1.915	1.362	5.688
Verbindlichkeiten gesamt	89	1.575	2.039	2.716	1.362	7.781

*Restforderung ohne Wertberichtigungen

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches wird die Stellungnahme IDW RS BFA 3 des Bankenfachausschusses des Institutes der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt. Die Bank wendet dabei die periodische (GuV-orientierte) Betrachtungsweise an. Der Bedarf für eine Drohverlustrückstellung wird ermittelt, indem vom Saldo der diskontierten Ergebnisbeiträge aus dem Geschäft mit den zinstragenden Finanzinstrumenten des Bankbuchs die Verwaltungs- und Risikokosten abgezogen werden. Da situationsbedingt bei der Bank für einen langen Zeitraum keine Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können, wird für den Teil der fiktiven Schließung von Aktivüberhängen durch Eigenkapital eine Nullverzinsung unterstellt. Eine zum Jahresende 2015 vorgenommene Neuberechnung der verlustfreien Bewertung nach IDW RS BFA 3 ergab einen Rückstellungsbedarf in Höhe von 55,0 Mio. €.

Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und positive Zinsen auf Einlagen und Derivate werden jeweils in separaten Posten innerhalb des Zinsergebnisses ausgewiesen.

Beim Ausweis der Risikovorsorge bzw. des Finanzanlageergebnisses wird von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB bzw. § 340c Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht.

Latente Steuern werden nach Maßgabe des § 274 HGB auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen ermittelt. Passive latente

Steuern werden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Es bestehen weder Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit noch andere verbrieft Verbindlichkeiten.

Im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden, in Höhe von 758,2 Mio. € enthalten. Dabei sind die unter das Moratorium fallenden Anleihen der Heta mit dem zum Emissionszeitpunkt gültigen Fälligkeitsdatum berücksichtigt.

Im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ sind Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden, in Höhe von 45,5 Mio. € enthalten.

In den Forderungen und Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die Unternehmen betreffen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Anlagevermögen

Entwicklung

in Mio. €

	Fest- verzinsliche Wertpapiere	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Gesamt
Historische Anschaffungs-/Herstellungskosten	6.786	2	1	6.789
Zugang Geschäftsjahr	114	0	0	114
Abgang Geschäftsjahr	-2.208	0	0	-2.208
Abschreibung, kumuliert*	-21	-1	-1	-23
Restbuchwert zum 31.12.2015	4.671	1	0	4.672
Abschreibung Geschäftsjahr	-16	0	0	-16

*Die kumulierte Abschreibung stellt die Aufwendungen und Erträge der Wertpapiere dar, die zum Bilanzstichtag noch im Bestand sind.

Barreserve

Im Posten „Barreserve“ sind 69,0 Mio. € Guthaben bei Zentralnotenbanken und 0,6 T€ Kassenbestand enthalten.

Börsenfähige Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 4,8 Mrd. € sind börsenfähig; davon sind 4,7 Mrd. € börsennotiert.

Die in der Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Genussscheine in Höhe von 42,8 T€ sind börsenfähig und börsennotiert.

Von den Schuldverschreibungen sind 1,7 Mrd. € zur Deckung der umlaufenden Pfandbriefe bestimmt. Schuldverschreibungen über 4,7 Mrd. € werden zum Bilanzstichtag nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darin enthalten sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 607,8 Mio. €, die zum Bilanzstichtag kapitalmarktbedingt unter Berücksichtigung der im Lagebericht dargestellten Garantie einen um 124,2 Mio. € niedrigeren beizulegenden Zeitwert aufweisen. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt – bezogen auf die Zinskomponente – in den zu Marktkursen bewerteten Verbindlichkeiten bzw. Derivaten. Im Vergleich zum 31. Dezember 2014 hat sich der Bestand an Fremden Schuldverschreibungen um 30,9% verringert. Ursächlich hierfür ist neben Fälligkeiten der aktive Abbau der Staatsfinanzierungsbestände.

Sachanlagen

Die Sachanlagen in Höhe von 0,4 Mio. € betreffen wie im Vorjahr ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Beteiligungen

Die Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank GmbH i. L., Frankfurt am Main, mit einem Buchwert in Höhe von 7,7 T€ wurde im Berichtsjahr liquidiert, so dass zum 31. Dezember 2015 keine Beteiligung mehr in der Bilanz ausgewiesen wird.

Sonstige Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 16,5 Mio. € beinhalten neben Steuerforderungen (1,5 Mio. €) eine Forderung an den Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds in Höhe von 15,0 Mio. € resultierend aus einer Ende 2015 vereinbarten Stützungsmaßnahme.

Die Summe der Sonstigen Verbindlichkeiten beträgt 152,8 Mio. € und betrifft im Wesentlichen eine vom ESF erhaltene Barsicherheit für die vom Ausfall bedrohten Heta-Anleihen, die sich zuzüglich abgegrenzter Zinsen auf 140,1 Mio. € beläuft. Des Weiteren werden neben Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 0,6 Mio. € und Verbindlichkeiten aus laufender Rechnung in Höhe von 0,9 Mio. € vor allem Fremdwährungsumrechnungseffekte in Höhe von 11,2 Mio. € ausgewiesen, die sich durch die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Finanzinstrumente zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag ergeben. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt in den Forderungen und Verbindlichkeiten, die – sofern sie in Fremdwährung notiert sind – ebenfalls zum Stichtagskurs bewertet werden.

Rechnungsabgrenzung aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Emissionsdisagien aus Schuldverschreibungen in Höhe von 2,0 Mio. €, Agien aus Forderungen von 2,3 Mio. €, gezahlte Upfrontprämien von 2,4 Mio. € sowie im Voraus bezahlter Sachaufwand von 1,0 Mio. € enthalten. Die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Emissionsagien aus Schuldverschreibungen von 0,1 Mio. €, Damna aus Forderungen von 0,4 Mio. € sowie vereinnahmte Upfrontprämien von 0,9 Mio. €.

Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 55,6 Mio. € erhöht, was im Wesentlichen auf einer gebildeten Drohverlustrückstellung – resultierend aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuches nach IDW RS BFA 3 – in Höhe von 55,0 Mio. € beruht.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Berichtszeitraum wurden keine nachrangigen Verbindlichkeiten begeben. Die im Vorjahreswert ausgewiesenen Eigenkapitalsurrogate wurden in Höhe von 50,0 Mio. € im Berichtszeitraum fällig und in Höhe von 40,0 Mio. € – den Emissionsbedingungen entsprechend – freiwillig in Eigenkapital gewandelt. Somit existieren zum Berichtstichtag keine nachrangigen Verbindlichkeiten. Der Zins- und Disagioaufwand der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt im Berichtszeitraum 0,7 Mio. €.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Den besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute Rechnung tragend wurde im Geschäftsjahr 2013 erstmalig eine Vorsorgereserve nach § 340g Abs. 1 HGB gebildet und in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ eingestellt. Im Berichtsjahr wurde dieser Sonderposten vollständig aufgelöst.

Gezeichnetes Kapital und Gewinnrücklagen

Der Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 584,0 Mio. € wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Rahmen einer Hauptversammlung wurde der Vorstand am 29. April 2014 ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 40.000.000 € bedingt zu erhöhen. Von dieser Ermächtigung hat der Vorstand am 12. Februar 2015 Gebrauch gemacht und der wahlweisen Wandlung von auf den Namen lautenden Wandelschuldverschreibungen in Höhe von nominal 40,0 Mio. € zugestimmt, so dass sich das gezeichnete Kapital im Berichtsjahr von 361,0 Mio. € auf 401,0 Mio. € erhöht hat. Es ist eingeteilt in 401.000.000 auf den Namen lautende Aktien zu je 1 €. Die Rücklagen in Höhe von 411,3 Mio. € setzen sich aus der Kapitalrücklage von 362,4 Mio. € und den anderen Gewinnrücklagen von 48,9 Mio. € zusammen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 40,0 Mio. € und betreffen sieben Immobilienfinanzierungen.

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der zur Absicherung von Offenmarktgeschäften und sonstigen Krediten übertragenen Schuldverschreibungen beläuft sich auf 2,7 Mrd. €.

25

Deckungsrechnung
Hypothekendarlehen
in Mio. €

	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kunden (Hypothekendarlehen)	822	628
Weitere Deckungswerte	20	100
Deckungswerte gesamt	842	728
davon Derivate	0	0
Deckungspflichtige Hypothekendarlehen	-585	-652
davon Derivate	0	0
Überdeckung	257	76

26

Barwertige Überdeckung
Hypothekendarlehen
in Mio. €

	Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Deckungswerte	933	827	877	780
Hypothekendarlehen	-657	-738	-630	-711
Überdeckung	276	89	247	69

27

Kapitalfälligkeiten nach Jahren
Hypothekendarlehen
in Mio. €

	Deckungsmasse		Hypothekendarlehen	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
≤ 0,5 Jahre	83	46	2	105
> 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr	32	47	45	2
> 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre	21	32	110	2
> 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre	202	0	126	45
> 2 Jahre ≤ 3 Jahre	115	159	68	206
> 3 Jahre ≤ 4 Jahre	119	113	24	68
> 4 Jahre ≤ 5 Jahre	72	94	0	24
> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	173	115	173	128
> 10 Jahre	25	122	37	72
Gesamt	842	728	585	652

28

Immobilienkredite nach Größenklassen
Hypothekendarlehen
in Mio. €

	31.12.2015	31.12.2014
≤ 0,3	0	0
> 0,3 ≤ 1,0	2	6
> 1,0 ≤ 10,0	61	102
> 10,0	759	520
Gesamt	822	628

29

Immobilienkredite nach Nutzung und StaatenHypothekendarlehen
in Mio. €

	Deutschland		Frankreich		Großbritannien		Niederlande		USA		Gesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
wohnwirtschaftlich												
Eigentumswohnungen												
Ein- und Zweifamilienhäuser							2	3			2	3
Mehrfamilienhäuser	159	139								25	159	164
gewerblich												
Büro	179	125	25	26	16	15	112	74	69	62	401	302
Handel	57	42					93	76			150	118
Sonstige	72	19					38	22			110	41
Gesamt	467	325	25	26	16	15	245	175	69	87	822	628
Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen											0	0
Forderungen mit ≥ 5% Rückstand											0	0

30

Weitere DeckungswerteHypothekendarlehen
in Mio. €

	Deutschland		Finnland		Österreich		Gesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Ausgleichsforderungen nach § 19 (1) Nr. 1 PfandBG								
Geldforderungen nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG								
davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/2013								
Schuldverschreibungen nach § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	20	50	0	25	0	25	20	100
Gesamt	20	50	0	25	0	25	20	100

31

Weitere Kennzahlen

Hypothekendarlehen

		31.12.2015	31.12.2014
Hypothekendarlehen	Mio. €	585	652
davon festverzinslich	%	74,4	77,0
Deckungsmasse	Mio. €	842	728
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §13 (1) PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 2 PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 3 PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon festverzinsliche Deckungsmasse	%	66,9	68,0
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: CHF	Mio. €	–	4
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: GBP	Mio. €	16	15
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: USD	Mio. €	87	106
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	Jahre	3,1	4,3
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	56,7	49,9

32

Deckungsrechnung

Öffentlicher Pfandbrief

in Mio. €

	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute	270	852
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	495	552
Forderungen an Kunden (Hypothekarkredite)	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.674	1.697
Ordentliche Deckung	2.440	3.102
Weitere Deckungswerte	222	259
Deckungswerte gesamt	2.662	3.361
davon Derivate	0	0
Deckungspflichtige Öffentliche Pfandbriefe	-2.437	-3.090
davon Derivate	0	0
Überdeckung	225	271

33

Barwertige Überdeckung

Öffentlicher Pfandbrief

in Mio. €

	Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Deckungswerte	3.264	3.928	3.014	3.752
Öffentliche Pfandbriefe	-2.869	-3.709	-2.717	-3.527
Überdeckung	395	219	297	225

34

Kapitalfälligkeiten nach Jahren

Öffentlicher Pfandbrief

in Mio. €

	Deckungsmasse		Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
≤ 0,5 Jahre	359	625	123	353
> 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr	315	432	344	136
> 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre	407	251	245	123
> 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre	227	171	121	344
> 2 Jahre ≤ 3 Jahre	161	793	135	366
> 3 Jahre ≤ 4 Jahre	5	114	197	137
> 4 Jahre ≤ 5 Jahre	82	4	508	202
> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	196	346	455	867
> 10 Jahre	910	625	309	562
Gesamt	2.662	3.361	2.437	3.090

35

Deckungswerte nach GrößenklassenÖffentlicher Pfandbrief
in Mio. €

	31.12.2015	31.12.2014
≤ 10,0	23	102
> 10,0 ≤ 100,0	1.303	1.616
> 100,0	1.114	1.384
Gesamt	2.440	3.102

36

Staatskredite nach Staaten und KreditnehmernÖffentlicher Pfandbrief
in Mio. €

	Zentralregierung		Region		Kommune		Sonstige		Gesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Belgien			20	20					20	20
Deutschland			564	709			118	559	682	1.268
Frankreich					3	8	25	0	28	8
Großbritannien							0	4	0	4
Italien	272	282	254	220	140	30			666	532
Japan					0	25			0	25
Luxemburg							0	8	0	8
Österreich	125	100					325	756	450	856
Polen	10	56							10	56
Portugal							75	25	75	25
Schweiz							75	75	75	75
Slowakei	105	105							105	105
Slowenien							40	40	40	40
Spanien			242	0	0	30			242	30
Tschechien	47	50							47	50
Gesamt	559	593	1.080	949	143	93	658	1.467	2.440	3.102
Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen									0	0
Gesamtbetrag der Forderungen mit ≥ 5% Rückstand									0	0

37

Weitere Deckungswerte

Öffentlicher Pfandbrief

in Mio. €

	Deutschland		Niederlande		Österreich		Gesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Ausgleichsforderungen nach § 20 (2) Nr. 1 PfandBG								
Geldforderungen nach § 20 (2) Nr. 2 PfandBG	125	141	29	0	68	118	222	259
davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/2013	125	141	29	0	68	118	222	259
Gesamt	125	141	29	0	68	118	222	259

38

Weitere Kennzahlen

Öffentlicher Pfandbrief

		31.12.2015	31.12.2014
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	2.437	3.090
davon festverzinslich	%	95,6	96,5
Deckungsmasse	Mio. €	2.662	3.361
davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. § 20 (2) PfandBG überschreiten	Mio. €	0	0
davon festverzinsliche Deckungsmasse	%	77,8	68,1
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: CHF	Mio. €	-	-4
Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung: USD	Mio. €	-	8

Zinsergebnis

Das Zinsergebnis beläuft sich auf -18,0 Mio. €. Darin enthalten sind negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von -0,9 Mio. € sowie positive Zinsen auf Einlagen und Derivate in Höhe von 2,1 Mio. €. Die laufenden Erträge in Höhe von 0,7 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mio. € erhöht. Ursächlich hierfür sind vereinnahmte Dividenden der Börse Düsseldorf AG, die eine Dividende von 15,6 € je Stückaktie ausgeschüttet hat (Vorjahr: 0,3 € je Stückaktie).

Personalaufwand, Organbezüge und Beschäftigte

Der Personalaufwand beträgt im Berichtsjahr 9,9 Mio. €. Darin sind die Gesamtbezüge für den Vorstand in Höhe von 916,0 T€ enthalten. Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mio. € liegt einerseits an der gestiegenen Mitarbeiterkapazität und andererseits an gebildeten Rückstellungen einhergehend mit dem geplanten sukzessiven Abbau des Personals und damit erwarteten Abfindungszahlungen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben der Satzung der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank entsprechend für ihre Tätigkeit keine Vergütung erhalten.

Im Jahresdurchschnitt waren neben dem Vorstand 77 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter neun Teilzeitkräfte (Umrechnung auf Vollzeitbasis).

Prüfungs- und Beratungsleistungen

Das für das Geschäftsjahr 2015 berechnete Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt 395,1 T€. Davon entfallen 51,0 T€ auf die Abschlussprüfung des Vorjahres, 298,5 T€ auf die Abschlussprüfung des Berichtsjahres, 9,8 T€ auf sonstige Prüfungsleistungen und 35,8 T€ auf Beratungsleistungen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge für das Geschäftsjahr 2015 beträgt 1,0 Mio. € und enthält überwiegend Erträge aus ehemaligen Rettungserwerben (0,8 Mio. €). Weiterhin sind in diesem Posten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. € enthalten. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 0,4 Mio. € werden neben nachgezählten Betriebskosten ehemaliger Rettungserwerbe (0,2 Mio. €) im Wesentlichen Aufwendungen aus der Fremdwährungsbewertung (0,1 Mio. €) ausgewiesen.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 58,0 Mio. € enthält Stützungsmaßnahmen vom ESF. Sie entfallen in Höhe von 43,0 Mio. € auf Ausgleichszahlungen für realisierte Verluste, die beim Verkauf bestimmter österreichischer Aktiva und der dazugehörenden Sicherungsgeschäfte entstanden sind. Zudem werden der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank vom ESF bestimmte, vertraglich vereinbarte Verwaltungsaufwendungen erstattet, was im Berichtsjahr zu einem außerordentlichen Ertrag von 15,0 Mio. € geführt hat.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragssteuern sind dem Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Ergebnisverwendung

Der Bilanzverlust in Höhe von 624,6 Mio. € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zwangsmaßnahmen, übernommene Grundstücke und Zinsrückstände

Zum Bilanzstichtag sowie im gesamten Geschäftsjahr 2015 war für in Deckung genommene Hypothekendarlehen keine Zwangsverwaltung anhängig.

Zwischen dem 1. Oktober 2014 und dem 30. September 2015 sind weder Zins- noch Tilgungsrückstände bei den zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Darlehensforderungen entstanden.

Rückzahlungen auf Hypothekendarlehen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 224,0 Mio. € Hypothekendarlehen zurückgezahlt. Davon entfielen bei gewerblich genutzten Objekten 107,4 Mio. € auf Amortisationen, 19,1 Mio. € auf vorzeitige Rückzahlungen und 13,0 Mio. € auf Ausplatzierungen. Bei Wohnzwecken dienenden Objekten sind 43,5 Mio. € durch Amortisationen und 41,0 Mio. € aus anderen Gründen zurückgezahlt worden.

Deckungsstock Öffentliche Pfandbriefe

Bei den zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen sind zum Bilanzstichtag keine rückständigen Leistungen anhängig.

FinanzderivateRestlaufzeitenstruktur
in Mio. €

	Nominalbetrag			Gesamt	Marktwerte
	<1 Jahr	1-5 Jahre	>5 Jahre		
Zinsswaps	3.349	3.943	5.685	12.977	-866
Zins-/Währungsswaps	129	0	25	154	-5
Gesamt	3.478	3.943	5.710	13.131	-871

DerivateergebnisZusammensetzung
in Mio. €

	aus Mikroabsicherung			aus Makroabsicherung		
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Erträge	165,3	123,6	235,5	100,5	228,9	555,4
laufend	91,5	122,3	154,7	77,2	123,6	241,3
Marktwertausgleich	73,8	1,3	80,8	23,3	105,3	314,1
Aufwendungen	-209,8	-168,9	-217,9	-183,3	-309,1	-642,4
laufend	-137,8	-167,3	-206,7	-158,5	-204,4	-326,7
Marktwertausgleich	-72,0	-1,6	-11,2	-24,8	-104,7	-315,7
Gesamt	-44,5	-45,3	17,6	-82,8	-80,2	-87,0

Fremdwährungspositionen

Zum Bilanzstichtag beläuft sich der Gesamtbetrag der Forderungen in Fremdwährung auf 160,5 Mio. €. In den Verbindlichkeiten sind 0,5 Mio. € aus Nicht-Euro-Währungen enthalten.

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende noch nicht abgewickelte zins- und währungsbezogene Termingeschäfte: Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps, Stillhalterverpflichtungen aus Optionen auf Zinsswaps, Schuldscheindarlehen mit Gläubigerkündigungsrechten, Pfandbriefe mit Schuldnerkündigungsrechten, Zinsbegrenzungsvereinbarungen. Alle Geschäfte dienen der Absicherung von Zins-, Options- und Währungsschwankungen. [G39]

Den negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente stehen in einer Gesamtschau auch positive Marktwerte aus den Grundgeschäften gegenüber, soweit sie sich auf die Zinskomponente beziehen.

Der Marktwertausgleich der Derivate resultiert aus dem vorzeitigen Schließen von Kontrakten. Aufgelöst wurden im Berichtsjahr Swaps von nominal 1,1 Mrd. €, wodurch ein Zinsertrag von saldiert 0,3 Mio. € erzielt wurde. Der erzielte Ertrag entstand im Zusammenhang mit der Veräußerung bzw. vorzeitigen Rücknahme der Grundgeschäfte, wobei derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten von 73,8 Mio. € und negativen Marktwerten von 72,0 Mio. € vorzeitig geschlossen wurden. Außerdem wurden im Rahmen der Makrosteuerung der Zinsrisiken Kontrakte mit positiven Marktwerten von 23,3 Mio. € und mit negativen Marktwerten von 24,8 Mio. € aufgelöst. [G40]

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €

	Gezeichnetes Kapital	Stille Beteiligungen	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Bilanzverlust/ -gewinn	Gesamt
Stand 1.1.2014	361,0	0,0	362,4	48,9	-541,9	230,4
Ergebnis nach Steuern					-42,0	-42,0
Bestand zum 31.12.2014	361,0	0,0	362,4	48,9	-583,9	188,4
Stand 1.1.2015	361,0	0,0	362,4	48,9	-583,9	188,4
Ergebnis nach Steuern					-40,7	-40,7
Kapitalerhöhungen	40,0					40,0
Bestand zum 31.12.2015	401,0	0,0	362,4	48,9	-624,6	187,7

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die von der Bank getätigten Inanspruchnahmen im Rahmen der vom ESF im Jahr 2015 gewährten Unterstützungsvereinbarungen und Garantien besteht grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung durch die Bank. Diese wird jedoch erst nach signifikanter Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bank konkret.

Aufgrund der Mitgliedschaft im Bundesverband deutscher Banken e. V. besteht eine Erstattungspflicht von Beträgen, die beim Einlagensicherungsfonds anfallen und im Zusammenhang mit der Betreuung der Bank stehen.

Aus einem langfristigen Mietverhältnis für das von der Bank genutzte Bürogebäude sowie zugehörigen Sicherheitsdienstleistungen ergeben sich unter Berücksichtigung frühestmöglicher Kündigungen künftige jährliche Verpflichtungen in Höhe von 0,9 Mio. €, die bis zum vertraglichen Laufzeitende im Jahr 2021 auf 0,6 Mio. € zurückgehen.

Zudem bestehen Leasing-, Nutzungs- und Wartungsverträge für EDV-Hardware und Software sowie DV-Beraterverträge. Die Verträge haben Laufzeiten bis maximal Ende 2020. Aus den wesentlichsten Verträgen ergeben sich in 2016 Verpflichtungen von rund 2,2 Mio. €, die unter Berücksichtigung frühestmöglicher Kündigungen bis im Jahr 2020 auf rund 0,6 Mio. € sinken.

Zusätzlich bestehen aus wesentlichen Versicherungsverträgen, die überwiegend jährlich kündbar sind, zukünftige Verpflichtungen von jährlich 0,7 Mio. €.

Es ist darauf hinzuweisen, dass Teile der sonstigen finanziellen Verpflichtungen durch die vorgesehene ESF-Erstattung getragen werden.

Ausgelagerte Bereiche

Aus Gründen der Kostenreduktion hat die Bank wesentliche Aufgabenbereiche ausgelagert. Auslagerungen mit IT-Relevanz bestehen in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem, den IT-Infrastrukturleistungen sowie der Bereitstellung der Schnittstelle gemäß § 24c KWG (automatisierter Abruf von Kontoinformationen) auf externe Vertragspartner. Ferner wurden die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Archivierung aufbewahrungspflichtiger Unterlagen sowie die Gehaltsabrechnung auf Dritte übertragen. Allen Auslagerungen gemein ist, dass diese Leistungen mit eigenen Mitteln nicht mit vergleichbarem Aufwand erbracht werden können. Die damit verbundenen Kosten sind gut kalkulierbar, eigene Mitarbeiterkapazitäten werden nicht gebunden und von den Erfahrungen und dem Spezialwissen der jeweiligen Vertragspartner kann profitiert werden. Außer den beim Outsourcing üblichen Nachteilen sieht die Bank keine speziellen Risiken, die sich durch die Auslagerungen der Aufgabenbereiche ergeben könnten.

Die wesentlichsten Auslagerungsprozesse bestehen aus Sicht der Bank in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem sowie in dem Bezug der IT-Infrastrukturleistungen von externen Partnern. Für das Berichtsjahr sind hierfür Zahlungsmittelabflüsse in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. € entstanden.

Weitere Mitteilungspflichten

Nach Mitteilung gemäß AktG ist die Resba Beteiligungsgesellschaft mbH (Gesellschaft des Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds) unmittelbar mit mehr als 25% der Aktien an der Gesellschaft beteiligt.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats.

Die gemäß § 26a Abs. 1 S. 1 KWG in Verbindung mit den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zu kommunizierenden Angaben können dem Offenlegungsbericht und dem Vergütungsbericht 2015 entnommen werden, die auf der Homepage der Bank veröffentlicht werden, sowie dem Corporate Governance Bericht in der Anlage dieses Geschäftsberichtes.

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Mit ehemals und derzeit nahe stehenden Unternehmen und Personen bestanden im Berichtszeitraum keine Geschäfte zu marktüblichen Konditionen.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Eigenkapitalveränderungsrechnung zeigt die Entwicklung der verschiedenen Positionen des bilanziellen Eigenkapitals im Jahresverlauf. [G41]

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung gliedert die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in die Zahlungsströme aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 21 vom 8. April 2014.

Die Zuordnung der Zahlungsströme zum laufenden Cashflow erfolgt in Anlehnung an die Zusammensetzung des operativen Ergebnisses. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Finanzanlagen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit bildet die Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern ab.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung generell als gering anzusehen. Daher ersetzt sie weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung, noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt. [G42]

			31.12.2015	31.12.2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Periodenergebnis	-40,7			-42,0
Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	-27,5			3,9
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	58,4			2,3
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge				
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens				
Sonstige Anpassungen (Saldo)	3,8	-6,0		9,7
Zunahme/ Abnahme				
der Forderungen an Kreditinstitute	833,1			107,6
der Forderungen an Kunden	-83,5			11,3
der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)				-36,7
anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-14,9			2,2
der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.522,0			0,4
der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-155,4			-661,1
verbriefteter Verbindlichkeiten	-189,4			117,9
anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	110,2			12,7
Zinsaufwendungen/Zinserträge	18,0			34,6
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten				
Ertragssteueraufwand/-ertrag				
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	607,1			743,5
Gezahlte Zinsen	-643,5			-796,9
Außerordentliche Einzahlungen	43,0			
Außerordentliche Auszahlungen	0,0			
Ertragssteuerzahlungen	0,0	-1.997,3	-2.003,3	
Cashflow aus Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus Abgängen				
des Finanzanlagevermögens		2.205,5		859,1
des Sachanlagevermögens				
des immateriellen Anlagevermögens				
Auszahlungen für Investitionen				
in das Finanzanlagevermögen		-111,9		-439,7
in das Sachanlagevermögen		-0,1		
für das immaterielle Anlagevermögen				
Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis				2,5
Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis				
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)				
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten				
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten			2.093,5	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit				
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen				
von Gesellschaftern des Mutterunternehmens		40,0		
von anderen Gesellschaftern				
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen				
an Gesellschafter des Mutterunternehmens				
an andere Gesellschafter				
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten				
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten				
Gezahlte Dividenden				
an Gesellschafter des Mutterunternehmens				
an andere Gesellschafter				
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)		-90,0	-50,0	-3,0
Cashflow, gesamt			40,2	-71,7
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode			28,8	100,5
Finanzmittelfonds am Ende der Periode			69,0	28,8

Organe und weitere Funktionen

Aufsichtsrat

Dr. Thomas A. Lange

Vorsitzender seit 28. April 2015
(zuvor Mitglied seit 25. März 2015)
Meerbusch

Vorsitzender des Vorstandes
NATIONAL-BANK AG

Paul Hagen

Stellvertretender Vorsitzender seit 28. April 2015
Düsseldorf

Mitglied des Vorstandes
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Joachim Dobrikat

Mitglied seit 28. April 2015
München

Bereichsvorstand Finanzen
UniCredit Bank AG

Andreas Dörhöfer

Mitglied seit 28. April 2015
Erding

Managing Director
Deutsche Bank AG

Dr. Hans-Joachim Massenberg

Mitglied seit 28. April 2015
Berlin

Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband deutscher Banken e.V.

Dr. Marcus Chromik

Mitglied vom 28. April bis zum 31. Dezember 2015
Frankfurt am Main

Mitglied des Vorstandes
Commerzbank AG

Fredun Mazaheri

Mitglied seit 1. Januar 2016
Frankfurt am Main

Bereichsvorstand Risk Controlling & Capital Management
Commerzbank AG

Dr. Karsten von Köller

Mitglied und Vorsitzender bis zum 28. April 2015
Frankfurt am Main

Chairman
Lone Star Germany Acquisitions GmbH

Benjamin Dickgießer

Mitglied vom 29. Januar bis zum 28. April 2015
London

Director
Lone Star Europe Acquisitions LLP

William D. Young

Mitglied vom 29. Januar bis zum 24. März 2015
Dallas

Executive Managing Director and Legal Counsel
Hudson Advisors L.P.

Bruno Scherrer

Mitglied und Stellvertretender Vorsitzender bis zum
29. Januar 2015
Lancy

Chairman & CEO
Phi Square Holdings SA

Dr. Andreas Tuczka

Mitglied bis zum 29. Januar 2015
Wien

Managing Director
Aldridge Capital Partners GmbH

Vorstand

Dr. Christian Freiherr von Villiez

Sprecher des Vorstandes
Starnberg

Dr. Marcus Tusch

Mitglied des Vorstandes
Gauting

Dr. Klaus Vajc

Mitglied des Vorstandes seit 1. April 2016
Bad Homburg

Generalbevollmächtigter

Jürgen Jung

Mitglied der Erweiterten Geschäftsleitung
Eschborn

Treuhänder

Wolfgang Barchewitz

Rechtsanwalt

Peter Preuß

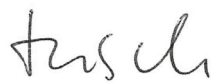
Rechtsanwalt

Düsseldorf, den 13. Mai 2016

Der Vorstand der Düsseldorfer Hypothekenbank AG



Dr. Christian Freiherr von Villiez



Dr. Marcus Tusch



Dr. Klaus Vajc

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Mai 2016
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Werthmann
Wirtschaftsprüfer

gez. Gundelach
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Geschäftsjahr 2015 war ein besonders herausforderndes Jahr für die Düsseldorf Hypothekenbank AG. Am 1. März 2015 hat die österreichische Finanzmarktaufsicht ein Zahlungsmoratorium für die HETA ASSET RESOLUTION AG (Heta) verhängt und die Stundung von Verbindlichkeiten bis zum 31. Mai 2016 beschlossen. Von dem Moratorium betroffen sind Wertpapiere der Heta im Bestand der Düsseldorf Hypothekenbank AG, die über eine Ausfallbürgschaft des Landes Kärnten gesichert sind. Das dadurch entstandene Risiko der Bank hat der Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds zunächst durch eine Garantie neutralisiert. In der Folge wurden mit Wirkung zum 24. März 2015 94,6% der Aktien der Düsseldorf Hypothekenbank AG vom bisherigen Eigentümer Lone Star auf eine Beteiligungsgesellschaft des ESF (Resba Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin) und 5,4% der Anteile auf eine Beteiligungsgesellschaft des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V. (Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Köln) übertragen. Im Dezember 2015 wurden die Anteile der Bank schließlich vollständig durch die Resba übernommen.

Aufgrund der durch die Heta-Ereignisse notwendig gewordene Stabilisierung der Gesellschaft haben Vorstand und Aufsichtsrat ein neues Strategiemodell entwickelt. Es sieht eine Abkehr von der Wachstumsstrategie in der gewerblichen Immobilienfinanzierung vor. Ziel ist es nunmehr, die Bank einem aktiven Rückbau ihrer Kapitalmarktbestände zuzuführen. Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung erfolgt nur noch, sofern dies dem Rückbau nicht entgegensteht und geeignet ist, diesen durch Zusatzerträge mitzufinanzieren.

Angesichts der existenzbedrohenden Situation der Bank hat der Aufsichtsrat seine Beratungs- und Überwachungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Neuordnung der Gesellschafterverhältnisse deutlich intensiviert. Hierzu zählte unter anderem die Erhöhung der Anzahl der im Aufsichtsrat vertretenen Mitglieder und die Einrichtung eines Risiko- und Prüfungsausschusses sowie eines Vergütungskontrollausschusses. Damit ging ein Anstieg der Zusammenkünfte und eine deutlich umfangreichere Berichterstattung einher.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben umfassend wahrgenommen. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung laufend kontrolliert und überwacht. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über relevante Themen, vor allem der strategischen

Unternehmensführung und -planung, der aktuellen Geschäftsentwicklung, der Rentabilität und Liquidität, der Risikolage und des Risikomanagements.

Der Aufsichtsrat war in alle Geschäfte und Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden. Alle Angelegenheiten, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, wurden dem Aufsichtsrat rechtzeitig zur Beschlussfassung vorgelegt. Sofern eine Beschlussfassung zwischen den Sitzungen des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Der Sprecher des Vorstandes unterhielt zusätzlich zwischen den Sitzungen laufenden Kontakt zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und berichtete ihm unverzüglich und ausführlich über wichtige Ereignisse und Geschäftsvorfälle. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats tauschte sich mit den anderen Mitgliedern des Aufsichtsrats anlassbezogen zwischen den Sitzungen in schriftlicher und mündlicher Form aus. Zudem erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende ab Mitte des Geschäftsjahres die Protokolle der in der Regel wöchentlich stattfindenden Vorstandssitzungen.

Arbeit des Aufsichtsrats

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden neun Sitzungen des Aufsichtsrats statt, davon eine konstituierende Sitzung, fünf ordentliche Sitzungen und drei außerordentliche fernmündliche Sitzungen. In allen ordentlichen Sitzungen berichtete der Vorstand über die Geschäfts- und Risikolage der Bank und erörterte diese eingehend mit dem Aufsichtsrat. Neben Fragen der strategischen Ausrichtung standen insbesondere die finanzpolitischen Entwicklungen um Heta, deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank sowie die Rechtsschritte der Bank gegen das Heta-Zahlungsmoratorium im Mittelpunkt der Berichterstattung des Vorstandes und der Beratungen des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat befasste sich mit der Wirksamkeit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems. Anhand der vom Vorstand vorgelegten Quartalsrisikoberichte prüfte der Aufsichtsrat die Risikolage der Gesellschaft insbesondere im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit, das Kreditrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko und das Ertragsrisiko der Bank. Der Aufsichtsrat hat die Risikomodelle und -analysen mit dem Vorstand erörtert und kritisch hinterfragt. Den Anfragen des Aufsichtsrats nach ergänzenden Analysen wurde vom Vorstand stets zügig nachgekommen. Zudem beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit den Quartalsberichten der Internen Revision. Unter anderem ließ sich der Aufsichtsrat am Anfang des Geschäftsjahres 2016 vom Vorstand bestätigen, dass die Bank keine sogenannten Cum-Ex-Geschäfte getätigt hat.

Darüber hinaus behandelte der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen unter anderem folgende Schwerpunkte:

Sitzungen am 28. April 2015

In der Bilanzsitzung prüfte und billigte der Aufsichtsrat den vorgelegten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014, der mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen wurde. An der Sitzung haben Vertreter der Jahresabschlussprüfer teilgenommen und ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet. Zudem fasste der Aufsichtsrat die erforderlichen Beschlüsse zur Tagesordnung für die Hauptversammlung und verabschiedete den Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat ließ sich vom Vorstand ausführlich über die Auswirkungen der Heta-Ereignisse unterrichten und überzeugte sich insbesondere von der Wirksamkeit der stabilisierenden Maßnahmen des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken. Ferner wurden die Jahresberichte der Internen Revision und der Compliance-Beauftragten, des Geldwäsche-Beauftragten sowie des Datenschutz-Beauftragten entgegengenommen und diskutiert.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats im Anschluss an die Hauptversammlung am 28. April 2015 wurden der Vorsitzende und sein Stellvertreter gewählt. Nachdem die Hauptversammlung infolge des Gesellschafterwechsels mit einer Änderung der Satzung der Gesellschaft am 13. April 2015 die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats von drei auf sechs erhöht hatte, wurde in der konstituierenden Sitzung zudem beschlossen, einen Risiko- und Prüfungsausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss einzurichten. Dies schloss die Wahlen in die Ausschüsse mit ein. Bis zur Ausschussbildung übernahm der Aufsichtsrat die Aufgaben selbst. Die Aufgaben des Nominierungsausschusses wurden unverändert dem Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit zugewiesen.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich intensiv mit den Entwicklungen im österreichischen Finanzsektor, ließ sich über die potenziellen Auswirkungen auf das Österreich-Portfolio der Bank vom Vorstand berichten und befasste sich mit unterschiedlichen Abbaustrategien des Kapitalmarktportfolios.

Sitzung am 11. Mai 2015

Aufgrund von adversen Entwicklungen, besonders bei den österreichischen Landes- und Hypothekenbanken, setzte sich der Aufsichtsrat mit der Prüfung des Länderrisikos in Österreich auseinander. Dabei erörterte er unter anderem mögliche Spill-Over-Effekte des Heta-Zahlungsmoratoriums auf weitere österreichische Emittenten. Der Aufsichtsrat sprach dem Vorstand gegenüber die Empfehlung aus, kurzfristig ein Konzept zur Verringerung des bestehenden

Länderrisikos Österreich zu erarbeiten. Gleichzeitig bat der Aufsichtsrat den Vorstand um Vorlage eines Konzeptes für den Ausgleich der aus dem Portfolioabbau entstehenden Verluste.

Sitzung am 12. Mai 2015

Im Anschluss an die Zusammenkunft des Vortages beriet der Aufsichtsrat ausführlich das vom Vorstand vorgelegte Rückbaukonzept zum Länderrisiko Österreich. Nach ausführlicher Erörterung stimmte er diesem zu.

Sitzung am 15. Mai 2015

Der Aufsichtsrat nahm den Bericht des Vorstandes und eines Vertreters der Aktionäre über die Unterstützungsmaßnahmen des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken zum Ausgleich der Verluste aus dem Rückbau des Österreich-Portfolios der Bank zur Kenntnis.

Sitzung am 22. Mai 2015

In der Zusammenkunft am 22. Mai 2015 erörterte der Aufsichtsrat unterschiedliche Rückbaumodelle zur strategischen Neuausrichtung der Bank. Zudem verabschiedete der Aufsichtsrat Grundsätze für die Auswahl und Beurteilung der Organe der Bank.

Sitzung am 29. Juni 2015

In dieser Sitzung verabschiedete der Aufsichtsrat einen Vorschlag an die Hauptversammlung für die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2015. In diesem Zusammenhang berichtete der Abschlussprüfer erneut über seinen Prüfungsansatz und die wesentlichen Erkenntnisse der Jahresabschlussprüfung für das vorangegangene Geschäftsjahr. Der Aufsichtsrat befasste sich intensiv mit dem Risikotragfähigkeitskonzept und der verlustfreien Bewertung. Darüber hinaus beschloss er Änderungen der Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Sitzung am 16. September 2015

Im Anschluss an die Vorlage des Halbjahresberichtes berichtete der Vorstand ergänzend über die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr. Der Aufsichtsrat befasste sich intensiv mit dem fortgeschrittenen Konzept zur strategischen Ausrichtung der Bank. Des Weiteren überprüfte der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für Vorstand und Mitarbeiter und stellte fest, dass die eingesetzten konservativen Verfahren der Bank angemessen sind.

Sitzung am 4. Dezember 2015

Den Schwerpunkt dieser Sitzung bildete die Restrukturierung der Bank. In diesem Zusammenhang hat der Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und die mittelfristige Finanz- und Kapitalplanung vorgelegt und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert. Der Aufsichtsrat stimmte der Strategie und der Planung zu, die in Anbetracht der schwebenden

Bewertungsverluste einen aktiven Rückbau der Kapitalmarktbestände vorsehen. Für die Umsetzung der Strategie sind Unterstützungsmaßnahmen des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken erforderlich, die dieser gegenüber der Gesellschaft bereits bewilligt hat.

Der Aufsichtsrat erörterte zudem die Erkenntnisse aus der Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Darüber hinaus stellte der Aufsichtsrat fest, dass die Grundsätze für die Auswahl und Beurteilung der Organe und Personen der oberen Leitungsebene angemessen sind.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Risiko- und Prüfungsausschuss und der Vergütungskontrollausschuss, die jeweils im April 2015 neu gebildet wurden, waren im Berichtsjahr beratend für den Aufsichtsrat tätig und fassten in Vorbereitung auf die Aufsichtsratsitzungen Beschlussempfehlungen. Der Risiko- und Prüfungsausschuss tagte zweimal zu der Risikolage der Bank, der Geschäftsstrategie, der Jahresabschlussprüfung und der Internen Revision. Er überwachte den Abarbeitungsstand der Feststellungen des Abschlussprüfers. Zudem ließ er sich vom Vorstand über bedeutende Einzelengagements berichten. Außerhalb der Sitzungen befasste er sich mit berichtspflichtigen Kreditanfragen.

Der Vergütungskontrollausschuss traf sich zu insgesamt drei Sitzungen und erörterte Angelegenheiten der variablen Vergütung sowie der Angemessenheit des Vergütungssystems für Vorstand und Mitarbeiter. Er erörterte zudem den Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2014.

Der Ausschussvorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hatte uneingeschränkten Zugang zu dem Leiter der Internen Revision und dem Leiter des Risikocontrollings. Der Ausschussvorsitzende des Vergütungskontrollausschusses hatte die uneingeschränkte Möglichkeit, Informationen beim Leiter der Internen Revision und bei der Personalleiterin einzuholen. Die Ausschüsse konnten auf externe Ressourcen für ihre Tätigkeit zurückgreifen. Aufgrund der Kompetenz und Erfahrung der Aufsichtsratsmitglieder wurde hiervon keinen Gebrauch gemacht.

Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben an den Sitzungen der Ausschüsse einvernehmlich als Gäste teilgenommen. Die Protokolle der Ausschusssitzungen wurden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht und wesentliche Erkenntnisse dem Aufsichtsrat unverzüglich bekannt gegeben. Bei Bedarf fand eine Abstimmung zwischen den Ausschüssen, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand auch zwischen den jeweiligen Sitzungsterminen statt.

Personalia

Der Aufsichtsrat bestand satzungsgemäß bis zum 28. April 2015 aus drei Mitgliedern, vertreten bis zum 29. Januar 2015 durch die Herren Dr. Karsten von Köller als Vorsitzenden, Bruno Scherrer als stellvertretenden Vorsitzenden und Dr. Andreas Tuczka. Mit der Abberufung der Herren Scherrer und Dr. Tuczka wurden die Herren William D. Young und Benjamin Dickgießer am 29. Januar 2015 durch die außerordentliche Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt. Mit Mandatsniederlegung durch Herrn Young wählte die außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2015 Herrn Dr. Thomas A. Lange in den Aufsichtsrat.

Nach Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats von drei auf sechs mittels Satzungsänderung vom 13. April 2015 und Ende der regulären Amtszeit sämtlicher amtierender Mitglieder des Aufsichtsrats wurde der Aufsichtsrat in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. April 2015 neu gewählt. Der Aufsichtsrat setzte sich sodann aus den Herren Dr. Marcus Chromik, Joachim Dobrikat, Andreas Dörhöfer, Paul Hagen, Dr. Thomas A. Lange und Dr. Hans-Joachim Massenbergs zusammen. Herr Dr. Lange wurde zum Vorsitzenden und Herr Hagen zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Zum Ablauf des 31. Dezember 2015 hat Herr Dr. Chromik sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde Herr Fredun Mazaheri von der Hauptversammlung zu seinem Nachfolger im Aufsichtsrat gewählt.

Zum Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses wurde Herr Hagen, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Dobrikat und zum Ausschussmitglied Herr Dr. Chromik gewählt. Herr Mazaheri folgte Herrn Dr. Chromik als Mitglied im Risiko- und Prüfungsausschuss nach. Vorsitzender des Vergütungskontrollausschusses ist Herr Dr. Lange, stellvertretender Vorsitzender Herr Dr. Massenberg und Ausschussmitglied ist Herr Hagen.

Sämtliche amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats haben an allen Beschlussfassungen mitgewirkt. Der Aufsichtsrat dankt allen zwischenzeitlich ausgeschiedenen, vormaligen Mitgliedern des Aufsichtsrats, den Herren Dr. Marcus Chromik, Dr. Karsten von Köller, Benjamin Dickgießer, William D. Young, Bruno Scherrer und Dr. Andreas Tuczka, für ihr großes Engagement und ihren Beitrag zur Arbeit des Gremiums.

Mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2016 hat Herr Dr. Massenberg sein Mandat niedergelegt. Die Hauptversammlung beabsichtigt, Herrn Dr. Christian Ossig zu seinem Nachfolger im Aufsichtsrat

zu wählen. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Dr. Massenbergr für seine engagierte und konstruktive Tätigkeit.

Im Geschäftsjahr 2015 gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand der Bank. Am 25. Februar 2016 hat der Aufsichtsrat beschlossen, mit Wirkung zum 1. April 2016 Herrn Dr. Klaus Vajc zum Mitglied des Vorstandes zu bestellen. Herr Dr. Vajc soll zum 1. Juli 2016 Herrn Dr. von Villiez als Sprecher des Vorstandes nachfolgen. Die Bestellung von Herrn Dr. von Villiez endet zum 30. Juni 2016. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Dr. von Villiez für sein couragiertes Engagement und seine wertvolle langjährige Leistung als Vorstandssprecher.

Herr Dr. Vajc ist ausgewiesener Spezialist für Risikomanagement und Sanierung. Er verfügt über mehr als dreißig Jahre Erfahrung im Bankgeschäft. Der promovierte Diplom-Kaufmann war zuvor in seiner Vorstandstätigkeit bei der COREALCREDIT BANK AG für die Ressorts Risikomanagement, Finanzen und Controlling, Vertrieb, Personal, Recht und Interne Revision zuständig. Der Aufsichtsrat ist überzeugt, mit ihm als Vorstandssprecher und Herrn Dr. Marcus Tusch als unverändert für die Bank tätiges Vorstandsmitglied für die weiteren Aufgaben des geordneten Rückbaus personell gut aufgestellt zu sein. Der Aufsichtsrat wünscht Herrn Dr. Vajc viel Erfolg für seine Tätigkeit.

Jahresabschluss 2015

Die Buchführung und der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten und vom Aufsichtsrat beauftragten Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Die Prüfung hat zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat dem Aufsichtsrat eine Erklärung über seine Unabhängigkeit vorgelegt.

Der Prüfungsbericht sowie alle zugehörigen Anlagen und Unterlagen sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats vor der Aufsichtsratssitzung am 23. Mai 2016, in der über den Jahresabschluss beraten wurde, rechtzeitig zugegangen. Der Risiko- und Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahresabschluss in seiner Sitzung am 23. Mai 2016 erörtert und die ausführliche Berichterstattung des Abschlussprüfers über die Ergebnisse seiner Prüfung mit ihm und dem Vorstand diskutiert. Der Aufsichtsrat nahm den Bericht des Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses über die Erkenntnisse entgegen.

Vertreter der Jahresabschlussprüfer haben an der Sitzung des Aufsichtsrats zur Feststellung des Jahresabschlusses

teilgenommen und den Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichtet. Die Prüfer standen den Mitgliedern des Aufsichtsrats für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, gestützt auf die Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses, heute gebilligt. Der Jahresabschluss 2015 ist damit festgestellt.

Der Vorstand erstellte außerdem einen Bericht gemäß § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und legte diesen zusammen mit dem Bericht des Abschlussprüfers dem Aufsichtsrat vor. Der Aufsichtsrat prüfte den Bericht des Vorstandes und stimmte diesem sowie dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zu. Dieser lautet:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Besonderer Dank gilt den Vertretern der deutschen Privatbanken im Aufsichtsrat, die sich in einer für die Bank unverkennbar kritischen Situation bereit erklärt haben, ihre hervorragende Fachexpertise in das Gremium einzubringen.

Der Aufsichtsrat dankt weiter den Mitgliedern der Ausschüsse sowie den Mitgliedern des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, mit deren maßgeblicher Unterstützung die Bank erfolgreich stabilisiert werden konnte.

Düsseldorf, den 23. Mai 2016
Der Aufsichtsrat



Dr. Thomas A. Lange
Vorsitzender

Corporate Governance Bericht

Anzahl der Mandate der Mitglieder des Vorstandes im Geschäftsjahr 2015 gemäß § 25c KWG

	Weitere Vorstandsmandate	Aufsichtsratsmandate
Dr. Christian Freiherr von Villiez	0	0
Dr. Marcus Tusch	0	0

Vorstand

Der Vorstand der Düsseldorf Hypothekenbank AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung im Unternehmensinteresse. In enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat verantwortet er die strategische Ausrichtung des Unternehmens und steuert die operative Umsetzung. Dabei stehen im Rahmen des Rückbaus des Kapitalmarktbereiches im Going Concern der Abbau vorhandener Risiken, die Fortsetzung der Reduzierung der Bilanzsumme sowie die mittel- bis langfristige Stabilisierung der Risikotragfähigkeit der Bank im Vordergrund. Dabei werden insbesondere die Belange der Aktionäre und die Interessen der Arbeitnehmer der Bank berücksichtigt.

Der Vorstand der Düsseldorf Hypothekenbank AG besteht gemäß Satzung aus mindestens zwei Mitgliedern. Dies sind weiterhin die Herren Dr. Christian Freiherr von Villiez (Sprecher des Vorstandes) und Dr. Marcus Tusch. Zum 1. April 2016 wurde zusätzlich Herr Dr. Klaus Vajc zum Mitglied des Vorstandes berufen. Die Mitglieder des Vorstandes tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank nach den Vorschriften der Gesetze und Verordnungen, der aufsichtsrechtlichen Regelungen, der Satzung, seiner Geschäftsordnung, dem Geschäftsverteilungsplan, unternehmensinternen Richtlinien und den jeweiligen Anstellungsverträgen. Er ist für die Leitung fachlich geeignet, zuverlässig und widmet der Wahrnehmung seiner Aufgaben ausreichend Zeit. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Vorstand seine Sitzungen im wöchentlichen Turnus durchgeführt. [G44]

Der vom Vorstand aufgestellte Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder. Die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstandes für die Geschäftsführung wird hiervon jedoch nicht berührt. Der Gesamtvorstand ist für das Risikomanagement verantwortlich. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion wird bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen beteiligt. Detaillierte Informationen zum Informationsfluss an den Vorstand bei Risikofragen befinden sich im Abschnitt „Risikobericht“ des Geschäftsberichtes.

Der Geschäftsverteilungsplan und etwaige Änderungen hierzu sind vom Aufsichtsrat zu genehmigen. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich schriftlich über die Strategie und Risikosituation. Für den Aufsichtsrat wesentliche Informationen werden unverzüglich an den Aufsichtsratsvorsitzenden weitergeleitet. Bestimmte Geschäfte erfordern die Zustimmung des Aufsichtsrats. Die Zustimmung des Aufsichtsrats ist unter anderem für die Geschäfts- und Risikostrategie, die Planung für das folgende Geschäftsjahr und die mittelfristige Planung, für Beteiligungserwerbe und -veräußerungen sowie für Grundstücksgeschäfte erforderlich.

Anzahl der Mandate der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 gemäß § 25d KWG

	Weitere Aufsichtsratsmandate	Vorstandsmandate
Dr. Thomas A. Lange	3	1
Paul Hagen	4	1
Dr. Marcus Chromik	1	0
Joachim Dobrikat	0	0
Andreas Dörhöfer	2	0
Dr. Hans-Joachim Massenberg	3	0
Dr. Karsten von Köller	2	0
Bruno Scherrer	1	0
Dr. Andreas Tuczka	0	0
William D. Young	1	0
Benjamin Dickgießer	1	0

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Ein detaillierter Bericht über seine Tätigkeit im Berichtszeitraum befindet sich im Abschnitt „Bericht des Aufsichtsrats“ des Geschäftsberichtes.

Der Aufsichtsrat der Düsseldorfer Hypothekenbank AG bestand vom 1. Januar 2015 bis 28. April 2015 in Übereinstimmung mit der zu diesem Zeitpunkt gültigen Satzung aus drei Mitgliedern. In der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 29. Januar 2015 waren dies die Herren Dr. Karsten von Köller, Dr. Andreas Tuczka und Bruno Scherrer. Am 29. Januar 2015 wurden die beiden Letztgenannten durch die Herren Benjamin Dickgießer und William D. Young abgelöst. Herr Dr. von Köller blieb bis zum 28. April 2015 Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats. Mit Ausscheiden von Herrn Young wurde Herr Dr. Thomas A. Lange am 25. März 2015 für die restliche Amtszeit des Ausscheidenden in den Aufsichtsrat berufen.

Am 13. April 2015 wurde die Satzung der Düsseldorfer Hypothekenbank AG dahingehend verändert, dass die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder von drei auf sechs erhöht wurde. Mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 28. April 2015 endete die reguläre Amtszeit von sämtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats der Düsseldorfer Hypothekenbank AG. In der Hauptversammlung wurden folgende Aufsichtsratsmitglieder gewählt: Dr. Marcus Chromik, Joachim Dobrikat, Andreas Dörhöfer, Paul Hagen, Dr. Thomas A. Lange, und Dr. Hans-Joachim Massenberg.

Herr Dr. Chromik legte im November sein Aufsichtsratsmandat zum 31. Dezember 2015 nieder. In einer außerordentlichen Hauptversammlung am 15. Dezember 2015 wurde Herr Fredun Mazaheri mit Wirkung zum 1. Januar 2016 für die verbleibende Amtszeit von Herrn Dr. Chromik als Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde Herr Dr. Lange zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt und Herr Hagen zu seinem Stellvertreter. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats sind Vertreter der Anteilseigner. Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG unterliegt nicht dem Mitbestimmungsgesetz.

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen beschloss der Aufsichtsrat zunächst, keine Ausschüsse zu bilden. Mit der Erweiterung des Aufsichtsrats beschloss dieser am 28. April 2015 die Bildung eines gemeinsamen Risiko- und Prüfungsausschusses gemäß § 25d Abs. 10 KWG sowie eines Vergütungskontrollausschusses gemäß § 25d Absatz 12 KWG. Die Aufgaben des Nominierungsausschusses nimmt der Aufsichtsrat gemäß § 25d Absatz 7 KWG selbst wahr. Vorsitzender des Risiko- und Prüfungsausschusses ist Herr Hagen und Vorsitzender des Vergütungskontrollausschusses ist Herr Dr. Lange.

Die Organgüte ist wesentlich für die strategische Ausrichtung der Bank. Für die Auswahl und Beurteilung der Organmitglieder der Düsseldorfer Hypothekenbank AG hat sich der Aufsichtsrat ein Verfahren gegeben. Bei der Bestellung

von Vorstandsmitgliedern und bei der Entwicklung von Wahlvorschlägen für die Besetzung des Aufsichtsrats steht die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder der Gremien im Fokus. Dies betrifft auch die Diversität im Gremium, insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur und die angemessene Geschlechtervielfalt sowie ggfs. Internationalität. Bei dem Anforderungsprofil für Mitglieder des Aufsichtsrats ist neben Kenntnissen der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen ein umfassendes Verständnis der für die strategische Ausrichtung der Bank wesentlichen Faktoren erforderlich. In der Organzusammensetzung wird zudem insbesondere auf den Sachverstand in den Bereichen Rechnungslegung und Jahresabschluss sowie Risikomanagement und Risikocontrolling geachtet.

Die Grundlage für die Auswahl und Beurteilung von Organmitgliedern bildet die Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil, die die vorgenannten Zielsetzungen berücksichtigt. Bei der Auswahl von geeigneten Kandidaten ist die gesetzlich vorgeschriebene Mandatshöchstzahl gemäß §§ 25c und 25d KWG einzuhalten, sodass sichergestellt wird, dass die Personen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben über ausreichend Zeit verfügen. [G45]

Der Aufsichtsrat kann für die Auswahl und Beurteilung von Organmitgliedern auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, auch auf externe Berater. Zu diesem Zweck erhält er von der Bank angemessene Finanzmittel. Der Prozess wird federführend durch den Aufsichtsratsvorsitzenden durchgeführt.

Die Aufsichtsratsmitglieder beurteilen die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie die Fachkenntnisse, die Zuverlässigkeit, die gewidmete Zeit und die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder im Berichtszeitraum positiv.

Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG

Länderspezifische Berichterstattung

in Mio. €

	Deutschland
Umsatz	-17,0
Ergebnis vor Steuern	-40,8
Steuern	0,0
erhaltende öffentliche Beihilfen	0,0
Mitarbeiter (Anzahl)	79

Grundlagen

Die Anforderung zur länderspezifischen Berichterstattung, dem sogenannten Country by Country Reporting aus Art. 89 der EU-Richtlinie 2013/36/EU (CRD IV), sind in § 26a Abs. 1 KWG in deutsches Recht umgesetzt worden.

Die erforderlichen Angaben beziehen sich auf den HGB-Einzelabschluss der Düsseldorfer Hypothekenbank mit Sitz in Deutschland.

Die geographische Zuordnung erfolgt auf Basis des juristischen Sitzes der Gesellschaft. Im Berichtsjahr gab es weder Niederlassungen noch Repräsentanzen.

Die geforderte Umsatzgröße ist in diesem Bericht definiert als die Summe aus dem Zins- und Provisionsergebnis sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Steuern beziehen sich auf Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die Angabe zur Anzahl der Mitarbeiter bezieht sich auf Vollzeitkräfte zum Stichtag 31. Dezember 2015 (inkl. Vorstand); dabei erfolgt eine Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitbasis.

Berichterstattung

Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG ist als Kreditinstitut tätig.

Der Umsatz im Geschäftsjahr betrug -17,0 Mio. € und das Ergebnis vor Steuern -40,8 Mio. € bei 79 Mitarbeitern. [G43]

Kapitalrendite

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt -0,48%.

Impressum

Herausgeber

Düsseldorfer Hypothekenbank AG
Berliner Allee 41
40212 Düsseldorf
info@duesshyp.de
www.duesshyp.de
HRB Düsseldorf Nr. 35004

Kontakt

Unternehmenskommunikation & Personal
Barbara Hugo-Dilworth
T: +49 211 86 720 106
F: +49 211 86 720 271
E: barbara.hugo-dilworth@duesshyp.de

Gestaltung und Konzeption

Amt für Gestaltung, Berlin
Goss + Partner, Köln

